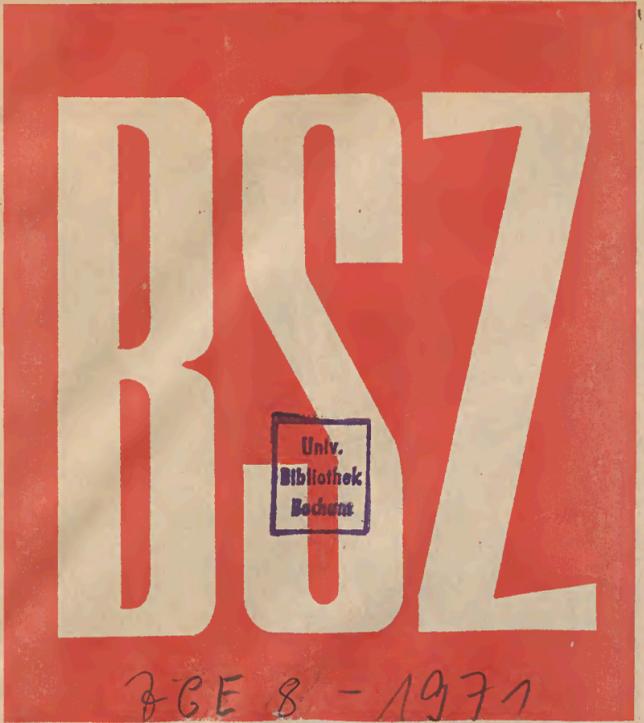


Hochschulwoche an der RUB vom 26. Januar bis 28. Januar 1971



Bochumer Studenten Zeitung
universität bochum und klinikum essen

Termine der Hochschulwoche der Assistenten und Studenten:

Di., 26.1., 17.00 h HNA
Podiumsdiskussion:
„Freiheit der Wissenschaft“ - für wen?
Eingeladen:
Prof. Leussink (Bundeswissenschaftsminister)
Prof. Maier (Bayrischer Kultusminister und Sprecher des „Bund Freiheit der Wissenschaft“)
Tilmann Westfalen (BAK)
Bernhard v. Mutius (vds)
Prof. Grosse
Gesprächsleitung: Peter Hauck

Mi., 27.1., 17.00 h HNA
Teach-in: HschRG-Reform oder Formierung?
Eingeladen: Johannes Rau (NRW - Wissenschaftsminister)
Do., 28.1., 13.30 h HNA
Univollversammlung:
Konsequenzen für unsere Politik
Anschließend Kundgebung und Demonstration in der Innenstadt
Parole: „Gegen Bildungsnotstand“
TREFFPUNKT: 16.00h
Husemannplatz

Die Hochschulwoche wird vorbereitet vom gemeinsamen Aktionsrat der Assistenten u. Studenten an der RUB.

Aktionsrat unbeirrt Faillard: Probleme unserer Universität

Das Rektorat hatte für den 21.12.1970 die Vorstände der Teilkörperschaften Assistentenschaft und Studentenschaft, des Personalrats und den „Vorstand der Dozentschaft“ zu einem Gespräch über „Probleme unserer Universität“ eingeladen.

Studentenschaft, Assistentenschaft und Vorstand des Personalrats waren sich einig, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein solches Gespräch nichts klären konnte, da die Fronten im Verfassungskonflikt klar und in einem „Spitzengespräch“ nicht zu überbrücken sind.

Die Vorstände dieser drei Mitgliedsgruppen haben aufgrund dieser Überlegungen die im folgenden abgedruckte gemeinsame Erklärung abgegeben. Da das Rektorat nicht bereit war, auf der Grundlage dieser Erklärung zu diskutieren, verließen die Vorstände der Studentenschaft, der Assistentenschaft und des Personalrats die Sitzung.

Der Vorstand des Personalrats hat seine Unterschrift unter die Erklärung nachträglich zurückgezogen, da er keinen formellen Auftrag des Personalrats hatte. Der Rektor interpretiert diesen Schritt in einem Rundbrief als (begrüßenswerte) Distanzierung vom Inhalt der Erklärung. Der Vorsitzende des Personalrats hat jedoch ausdrücklich betont, daß der Personalrat in Bezug auf Staatskommissar und Hauptausschuß die gleiche Politik verfolgt wie Assistentenschaft und Studentenschaft.

Formeln zur Macht Der Senat – Vorreiter professionaler Ständenvertretung

„Der bisherige Senat hatte andere und weiterreichende Kompetenzen als der heutige“, schreibt Faillard in seinem kürzlich erschienenen Rechenschaftsbericht. Legt man als Maßstab die Bestimmungen der früheren und der jetzigen Verfassungsverfassung zugrunde, ist diese Behauptung richtig. Denn früher hatte der Senat die Kompetenzen des heutigen Universitätsparlaments, heute bestehen seine verfassungsmäßigen Aufgaben im wesentlichen in der Zustimmung zu Beschlüssen des Universitätsparlaments, die der Genehmigung durch das Ministerium bedürfen. Ansonsten darf er zu UP-Beschlüssen „Stellung nehmen“.

Doch wie sieht es in Wirklichkeit aus

Die Aufgaben des Senats haben sich geändert – die Zusammensetzung ist nahezu dieselbe wie früher. Während früher wenigstens je zwei, zum Schluß sogar je vier Studenten und Assistenten stimmberechtigte Mitglieder des Senats waren, darf jetzt nur jeweils ein Mitglied der Studentenschaft, der Assistentenschaft und des Personalrats „beratend“ an den Senatssitzungen teilnehmen. Die Herren Senatoren (=Dekane der Abteilungen) sind also unter sich.

Die rechtliche Wandlung des Senats haben die Senatoren nicht mitvollzogen.

Der Senat ist nicht, wie es seinem verfassungsmäßigen Auftrag entsprechen würde, „die Vertretung der Abteilungen der Universität“, er läßt keineswegs „mehr durch abteilungsspezifische Notwendigkeiten geprägtes Handeln erkennen“, wie Faillard in seinem Bericht schreibt; sondern der Senat ist vielmehr die zentrale politische Interessenvertretung der Ordinarien, eine Hochburg zur Verteidigung überkommener professoraler Privilegien.

Der Senat hält es nicht für nötig, seine Beschlüsse der Universitätsöffentlichkeit bekanntzugeben und diskutieren zu lassen. Er faßt seine Beschlüsse, gibt seine Empfehlungen an das Rektorat (Wahlordnung!) unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Er hat es nicht einmal für nötig gehalten, seine Geschäftsordnung im UP diskutieren zu lassen, obwohl diese den beratenden Senatsangehörigen der Studentenschaft, der Assistentenschaft und des Personalrats die Möglichkeit entzog, Sondervoten abzugeben und ihrer unmaßgeblichen Berater-tätigkeit zumindest dadurch Gewicht zu verleihen.

3. Wir beichtigen den Senat rechts-widriger Beschlüsse

Der Senat hat dem Rektorat Verhandlungsvollmacht mit dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung bezüglich des sog. „Vorankündigungs- und Studienbewerber“ erteilt. Unterstützt vom Senat, mauschelt Faillard nun mit Rau einen perfektionierten Numerus Clausus aus.

Der Senat hat ein Vorstandsmitglied für das Akademische Förderungswerk gewählt.

Der Senat hat eine zentrale Kommission für das Rechenzentrum eingesetzt.

All dies sind Fragen, die in die Zuständigkeit des Universitätsparlaments fallen.

Doch für den Senat gibt es keine verfassungsmäßigen Zuständigkeiten, er kennt nur politische Notwendigkeiten zur Durchsetzung reaktionärer ständischer Interessen.

Letzte Meldung:
Im ‚Fall Grosse‘ entschied gestern das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen: Grosse ist nicht rechtmäßig gewählter „Rektor designatus“ der RUB. Der Klage zweier studentischer UP-Mitglieder wurde damit stattgegeben. Das Problem ist nun: ein neuer Rektor muß gewählt werden, jedoch von wem? Von Saß? Wir fordern: vom UP!

Inhalt:

GEW, BAK, vds - Kongreß in Bonn	S. 2
So liegt der Contrapunkt übers Studentenwerk	S. 4
Sozialistische Demokratie für Polen?	S. 5
Streik bei den Physikern	S. 6

ERKLÄRUNG des Vorstandes der Studentenschaft, Vorstandes der Assistentenschaft, des Vorstandes des Personalrats

Das Rektorat hat die eingeladenen Vertreter der Dozentschaft, der Assistentenschaft, der Studentenschaft und des Personalrats um unklare darüber gelassen, welche „Probleme“ es mit ihnen zu besprechen gedachte. U. E. gäbe es nur ein Problem, das ein solches Gespräch rechtfertigen könnte: die Frage nach der Zusammenarbeit des Rektorats mit dem Hauptausschuß, als dem einzig demokratisch legitimierten, paritätisch besetzten Gremium auf der Zentralebene, in dem alle Teilgruppen und das Rektorat beratendes Stimmrecht haben. Das Rektorat hat diese Frage von vornherein negativ entschieden, und zwar sowohl in einem Schreiben vom 10. 12. 1970 an den Verhandlungsleiter des HA, Herrn v. Magnis, als auch in seiner Weigerung, die Verhandlungsleitung des HA in dieser Funktion auch nur zu empfangen. Somit hat das Rektorat dem heutigen Gespräch die Basis entzogen. Die Vertreter der Assistentenschaft, der Studentenschaft und des Personalrats sehen sich deshalb genötigt, folgende Erklärung abzugeben:

Das Rektorat trägt durch seine rechtlich unzureichende, wider besseres politisches Wissen vollzogene Beanstandung der Wahlordnung für das UP die Verantwortung für den derzeitigen verfassungspolitischen Zustand an der RUB.

Das Rektorat hat, abgesehen von der rechtswidrigen Anordnung von Neuwahlen für das UP vom 13. 10. 70, keinen Ausweg aus der verfahrenen Lage gesehen.

Das Rektorat hat die Einsetzung eines Staatskommissars nach § 49 Abs. 3 HSchG, der nicht einmal das Vertrauen einer einzigen Gruppe an der RUB genießt, nicht verhindert.

Mißt man das Rektorat an den von ihm selbst gesetzten Maßstäben in seinem Rechenschaftsbericht vom 4. 12. 70, so ist festzustellen, daß das Rektorat:

1. das „konstruktive Zusammenspiel aller Organe“ dadurch verhindert hat, daß es deren wichtigstes eliminierte,
2. den „Ausgleich der Interessen der Mitgliedergruppen“ so betrieben hat, daß es sich den Interessen einer professoralen Minderheit beugte,
3. die „Entwicklung und Anregung von Initiativen“ nicht nur nicht betrieben, sondern die Initiativen des demokratisch legitimierten UP durch Beanstandungen blockiert hat,
4. statt „Entwicklungsziele nach außen durchzusetzen“ gravierende Eingriffe von außen geduldet hat und so alles in allem
5. die „Funktionsfähigkeit der Universität auf schwerste in Frage gestellt hat.

Anders als das Rektorat als der „verlängerte Arm des Ministers“ (Verwaltungsgericht) vertritt der HA die Meinung, daß sich die RUB aus eigenem Recht helfen müsse und betreibt in diesem Sinne seine Arbeit als Interimsorgan nach allgemeinem parlamentarischem Notrecht bis zum Zusammentritt des neuen UP.

Die hier anwesenden Vertreter der Assistentenschaft, der Studentenschaft und des Personalrats fordern das Rektorat auf, mit dem Hauptausschuß konstruktiv zusammenzuarbeiten und seine Rechte und Pflichten bei der nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 6. Januar 1971 wahrzunehmen.

Sollte das Rektorat auf seiner unrealistischen Verneinung der Existenz des HA beharren, sehen die Vertreter der Assistentenschaft, der Studentenschaft und des Personalrats keine sinnvolle Möglichkeit, in den UP-Kommissionen kontinuierlich mitzuarbeiten und werden ihre Kräfte um so mehr auf die Arbeit im neugebildeten „Aktionsrat“ konzentrieren, um so die Bedingungen für ein funktionsfähiges, d. h. in der Exekution seiner Beschlüsse nicht durch Rektorat und Senat behindertes neues UP zu schaffen.

Bochum, den 21. Januar 1970

gez. Kamphausen
gez. Breuner

gez. Wewer
gez. Zimmermann-Eisel

Wir klagen den Senat an

1. Wir beichtigen den Senat der permanenten Mißachtung der Abteilungsinteressen.
Das Verhalten des Senats in den Fragen
— der Wahlordnung zum Universitätsparlament
— der Rahmenordnung für Auftragsforschung
— der Rahmenordnung zu Art. 8,3 VerfRUB
hat dazu geführt, daß das Rektorat zwei dieser Ordnungen (Wahlordnung und Rahmenordnung zu Art. 8,3) rechtlich beanstandete; im Falle der Rahmenordnung für Auftragsforschung will der Senat eine erneute Beratung im Universitätsparlament verlangen.
Den Herren Dekanen ging es bei der Diskussion dieser drei Ordnungen, die keiner Zustimmung durch den Senat bedürfen, jedoch keineswegs um abteilungsspezifische Gesichtspunkte, obwohl die als Vertreter der Abteilungen (d. h. von vielen Studenten, etliche Assistenten und wenigen Professoren) im Senat sitzen und teilweise auch von paritätischen Gremien gewählt und diesen Rechenschaftspflichtig sind (z. B. Abteilung IV).
Vielmehr wurden in der Diskussion rein professorale Vorbehalte artikuliert:
— bei der Wahlordnung zum UP schienen den Herren nicht ausreichend gesichert, daß auch wirklich ein aufrechter Kollege als ihr Vertreter ins UP einzieht; die interne Vorauswahl war offensichtlich kein ausreichender Schutz vor der Wahl eines „Linksabweichlers“ durch die Abteilungsversammlung;
— bei der Rahmenordnung zu Art. 8,3 sahen die Senatoren die Gefahr einer Aufweichung ihrer Linien, da diese Ordnung altgediente Assistenten in Hochschullehrerpositionen aufrücken läßt;
— die Rahmenordnung für Auftragsforschung wiederum ermöglicht Einblick und Aufsicht bei aus Drittmitteln finanzierten Forschungsvorhaben — und welcher Professor läßt sich schon gern in die Karten sehen?
Abteilungssatzungen, die der Zustimmung durch den Senat bedürfen, sind der besondere Augapfel der Senatoren. Wie anders ist es zu erklären, daß der Senat bereits seit Ende September zögert, den bisher vorliegenden Satzungen der Abteilungen I und XIX seine Zustimmung zu geben? Die Dekane der betroffenen Abteilungen drängen nicht auf Eile. Stattdessen empfiehlt Klosterkötter, engagierter Rechtsaufseher des Senats, die Überprüfung der Paritäten im Sinne des Hochschulgesetzes.
2. Wir beichtigen den Senat der bewußten Mißachtung der Universitätsöffentlichkeit.

HschRG verabschiedet

Die Bundesregierung hat den von Leussink ausgearbeiteten Entwurf für ein Hochschulrahmengesetz des Bundes (HSchRG) am 3. Dezember 1970 verabschiedet. Ende Januar kommt der Entwurf in den Bundesrat; die endgültige Verabschiedung soll noch in diesem Sommer erfolgen.

In einer Stellungnahme bedauerte Leussink, daß die Kompetenz des Bundes nicht weitreichend genug sei, um ins einzelne gehende Vorschriften zu erlassen. Doch obwohl Leussink gern schärfere Bestimmungen erlassen hätte, hat das Hochschulrahmengesetz auch in seiner jetzigen Form schwerwiegende Folgen für die Studierenden:

- das HSchRG verlangt eine „funktionsgerechte Mitbestimmung“ — der Numerus Clausus wird gesetzlich sanktioniert
- die Regelstudienzeit soll nur noch drei Jahre betragen
- die Studenten werden durch staatliche Studien- und Prüfungsordnungen in die Zwangsjacke reaktionärer Bildungspolitik gesteckt.

Der Vorstand der Studentenschaft arbeitet z. Z. an einer Stellungnahme zum HSchRG, die noch im Januar erscheinen wird. Darin werden die Bestimmungen des HSchRG in ihren Hintergründen und Zielsetzungen im einzelnen analysiert.

Brecht die Macht der Senatoren!

Seit einem Vierteljahr kann das Universitätsparlament nicht mehr tagen. Der Senat ist an dieser Situation wesentlich mitschuldig. Jetzt versucht er, die Rechte des paritätischen Universitätsparlamentes an sich zu ziehen.

Der Senat wird von niemanden kontrolliert!

Wir dulden keine reaktionäre Interessenpolitik im Senat! Wir werden die verfassungswidrige Arbeit des Senats verhindern, indem wir dem Häuflein Reaktionenäre zeitigen, wer hier in der Mehrheit ist!

KOMMT ZUR SENATSSITZUNG!
Verlangt Rechenschaft vom Senat!
Der Senat tagt heute, 15.15 h,
im Senatssitzungssaal IB 02/70.



Frustrationsghetto RUB — S. 3

- Sozialberatung - Rettung aus dem Sumpf?
- RUB PUB - über die Notwendigkeit einer Studentenkneipe
- Über den grauen Ruhrstudenten

Faillard WRK-Präsident

Wie aus gewöhnlich gut unterrichteter Quelle verlautete, beabsichtigt unser Rektor Faillard, sich um den Stuhl des Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) zu bewerben.

Damit erhalte die WRK einen Präsidenten, der zu den profiliertesten Vertretern der westdeutschen Professorenenschaft zählt. An der Ruhr-Universität besteht Faillards größtes Verdienst in seinem Bemühen um die Rettung professoraler Privilegien. Niemand wird so schnell vergessen können, daß Faillard es war, der durch unermüdetes Agitieren unsere Verfassung hat plätzen lassen und damit der reaktionären Dozentschaft neuen Auftrieb gegeben hat.

Wir drücken für die Wahl von Herrn Faillard beide Augen zu und wünschen ihm eine zersetzende Amtszeit!

- na -

2000 Teilnehmer legten Grundstein für weitere Arbeit

GEW-, BAK-, vds-Kongreß für Bildungsreform

Der gemeinsam vom Verband Deutscher Studentenschaften (vds), der Bundesassistentenkonferenz (BAK) und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) am 16. Dezember an der Bonner Universität organisierte Kongreß „Mitbestimmung in Wissenschaft und Ausbildung — Für Demokratie und sozialen Fortschritt“ muß als spektakulärer Auftakt für eine neue Offensive um demokratische Reformen im Ausbildungswesen gewertet werden. Seit den Kämpfen zur Verhinderung der Notstandssetzung gelangte realisierte sich nach vielfältigen Spaltungen- und Auflösungserscheinungen der hochschulpolitischen Bewegung erstmals wieder ein breites Aktionsbündnis gegen Rechtskartell und Ausbildungsformierung.

Der von 2000 Teilnehmern aus der BRD und Westberlin besuchte Kongreß war gewissermaßen als Anreißer gedacht für eine breite Kampagne der aufstrebenden Organisationen gegen den reaktionären „Bund Freiheit der Wissenschaft“ (BFW) und für Mitbestimmung in Wissenschaft und Ausbildung.

Er war so strukturiert, daß nach einigen Plenumsreferaten, die darin angeschnittenen Fragen in fünf Arbeitskreisen konkretisiert werden und Ansätze für ihre Beantwortung gegeben werden sollten. Dabei sollte es weniger darauf ankommen alles auszudiskutieren und fertige Ergebnisse mit nach Hause zu bekommen, als daß vielmehr Impulse zu Aktionen verschiedenster Art ausgegeben wurden. Forderungen wurden herauskristallisiert, die dann regional popularisiert und verfochten werden müssen.

Erich Frister, Vorsitzender der GEW, ging in seinem Einleitungsreferat vor allem auf das gemeinsame Interesse von Arbeitern und

Hochschulangehörigen ein, wobei er aufrief, gemeinsam mit den Gewerkschaften solche Instrumente der Kontrolle der Wissenschaft zu entwickeln und sich nicht „in eine neue, gewissermaßen durch innerbetriebliche Mitbestimmung geläuterte Form der Autonomie im Elfenbeinturm zurückzuziehen“. Gegen den BFW wendet er sich mit dem BFW gewendet meinte er: „Das Bündnis zwischen Arbeitnehmerinteressen und Hochschulen wird aber nicht mit denen herzustellen sein, die die Wissenschaft vertreten, die der Arbeitnehmerschaft seit alters her als Komplize des Gegners bekannt ist. Es wird nur mit denen herzustellen sein, die sich als Wissenschaftler selbst als abhängig arbeitende begreifen und sich zu den Gewerkschaften bekennen. Die Gewerkschaften können nicht auf der Seite der Vertreter alter Ordinarienherrlichkeit stehen, auch wenn verschreckte Reformer nach vorn geschoben werden, um die wahren Absichten zu kaschieren.“

Da Prof. Abendroth nicht kommen konnte, wurde sein Beitrag verlesen. An zentraler Stelle heißt es darin: „Aber, vor der Illusion, die allzu leicht aufgrund in einer fairen Diskussion errungener Erfolge (gegen den BFW), das neue Kartell aus Industrie, dem kapitalistischen System treuen Politikern und Professoren sei deshalb schwach und ungefährlich, weil es den Argumenten seiner Gegner nicht standhalten kann und deshalb kein Bein auf den Boden bekommt, wenn es sich vor an Argumentation gewöhnten Intellektuellen einer Debatte stellt, ist dringend zu warnen. Denn die Herren von der Freiheit der Wissenschaft — der „Freiheit und der Wissenschaft“, wie sie sie verstehen — repräsentieren gewiß keine überzeugenden Argumente, aber sie repräsentieren dafür eines ganz gewiß: ökonomische, soziale und politische Macht.“

Mit dem eigenartigen Freiheitsbegriff der reaktionären Ordinarien und den Stellvertreter des BFW im Kontext der Bildung eines gegen jegliche Reform — und Entspannungspolitik gerichteten Rechtskartells, setzten sich vor allem Prof. Colpe (Aktionsgruppe Hochschullehrer an der FU Westberlin) und Steffen Lehdorff (SHB-vds-Vorstand) auseinander.

In letzterem vds-Beitrag hieß es, die Problematik des gegenwärtigen Kampfes beschreibend: „Für alle Demokraten und Sozialisten in Westdeutschland bezeichnet die Formierung des Rechtskartells die Aufgabe, die integrative Modernisierungspolitik der SPD zu nutzen sich größeren Handlungsspielraum und bessere Ausgangspositionen für den demokratischen Kampf zu eringen, die Regierung zu zwingen, in allen wesentlichen Einzelfragen dem Rechtsdruck standzuhalten und breite Kreise der Bevölkerung für Forderungen zu mobilisieren, die die Regierung auf die nächstliegenden sozialen und politischen

Interessen der abhängig arbeitenden verpflichten.“

Mit den Bedingungen demokratischer Reformen und ihrer Durchsetzung befaßten sich vor allem auch der BAK-Vorsitzende Jansen und der SPD-Bundestagsabgeordnete Wichert in ihren Referaten.

Nach den Diskussionen in den Arbeitskreisen (Themen: Bildungsplanung, Forschungspolitik — Kriegsforschung, Studium — Lehre — und Berufsausbildung, Gesamthochschule, Rechtskartell), wo der analytische Hintergrund der vorgebrachten politischen Thesen herausgearbeitet wurde, verabschiedete das wieder versammelte Plenum gegen nur wenige ML-Stimmen eine **Schlußresolution**, wo Stellenwert und Perspektive des gemeinsamen Kampfes aller demokratischen Kräfte im Ausbildungsbereich aufgewiesen wurde. Dirk Krüger (Spartakus-vds-Vorstand) faßte sie in seinen Schlußworten schlagwortartig zusammen: **Für Mitbestimmung — gegen Rechts!**

Der Bonner Kongreß vereinigte zum ersten Mal seit Jahren wieder eine breite Front demokratischer Kräfte im Ausbildungssektor. Neben vds, BAK, GEW und der „Aktionsgruppe der Hochschullehrer an der FU“, unterstützten den Aufruf: die Präsidenten der TU und FU Westberlin, die Rektoren der Unis Frankfurt und Heidelberg, der Bremer Gründungsrektor, 5 SPD-Bundestagsabgeordnete (Hansen, Walkhoff, Engholm, Wichert, H. Brandt), die Bundesvorsitzenden der Jungsozialisten, der Jungdemokraten, der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend, die Gewerkschaftssekretäre Benz (IG Metall), Vitt und Rappe (IG Chemie), Georgi (Holz), der Bundesjugendausschuß der ÖTV, der SHB, der SPARTAKUS (AMS), der Bundesverband der Studenten an Wirtschaftsakademien, der Bundesverband der Gerichtsreferendare, die Hochschulgruppen der Sozialistischen Einheitspartei Westberlin, der Be-



GEW-Vorsitzender Frister beim Plenumsreferat.

triebsratsvorsitzende der Ford-Werke Köln, Tolusch, die Profs Abendroth, Flechtheim, Bloch, Schleifstein, Jens, Fabian sowie zahlreiche wissenschaftliche Assistenten und Akad. Räte, die Rechtsanwälte Hannover, Monnerjahn und Benseler, die Schriftsteller Walsler, Knorr, Schallück, Engelmann, Gerhardt, Uexküll, von der Grün sowie zahlreiche weitere Persönlichkeiten.

Die Aufzählung zeigt deutlich die Breite der Aktion. Sie war nur möglich durch die Rekonstruktion des vds auf der Grundlage des im November in Marburg verabschiedeten Aktionsprogramms des Verbandes.

Diese vor allem von SHB und SPARTAKUS betriebene Rekonstruktion ist, wie der Kongreß zeigt, an praktischen politischen Kämpfen orientiert: „Die neu erungene Handlungsfähigkeit des Verbandes darf jedoch nicht als das Produkt technisch-kaufmännischer Konsolidierungsbemühungen mißverstanden werden. Vielmehr konnte die organisatorische Festigung des Verbandes nur auf der Basis eines neuen Aktionsprogramms eingeleitet werden... das den politischen Klärungsprozeß innerhalb der fortschrittlichen Studentenbewegung widerspiegelt.“ (Lehdorff)

Es zeigt sich, daß der so oft und von vielen Seiten totesagte studentische Dachverband wohl eine progressive Funktion zu erfüllen imstande ist, vorausgesetzt die Hauptströmung wird klar und ohne sektiererische Eigenbrödelerei gesetzt.

Der volle Erfolg des Kongresses findet seinen Widerhall in der hef-

tigen Polemik des BFW und der anderen Rechtskräfte. So erklärte die CSU-Bundestagsfraktion durch ihren Sprecher Stücklen, daß der Gegenkongreß den Beweis für die Notwendigkeit des BFW geliefert habe. Denn: „Die Einheitsfront von linken Sozialdemokraten, Spartakus, kommunistischen und anarchistischen Gruppen steht“. (FR, 2/17/71). Dem GEW-Vorsitzenden Frister warf man vor, er habe an der „Umfunktionierung der Wissenschaft“ mitgewirkt, mit Hilfe deren man die Gesellschaft der BRD revolutionieren wolle.

Gleichzeitig versucht der BFW das „Odium des Rechtstrends“ zu vertuschen. Zu diesem Zweck wurde nach Beratungen mit der SPD-Führung überlegt, den faschistischen Prof. Rubin (Köln), Vorsitzender der CSU-Freundeskreise, zu einer scharfen Stellungnahme gegen den „Kampfbund“ zu bewegen, um auf diese Weise die BFW scheinbar in eine „Mittellage“ zu bringen und ihn für SPD-Mitglieder attraktiver zu machen. (FR, 16/12/70).

Damit Derartiges nicht gelingt ist eine weitere Verstärkung der propagandistischen Offensive gegen den BFW notwendig, welche allerdings zu koppeln ist mit den konkreten Auseinandersetzungen um lokale Hochschulprobleme und dem Kampf gegen Leussinkes Hochschulrahmengesetz. In dieser Richtung ist das Konzept für die Überall in der BRD stattfindenden „Hochschulwochen“ angelegt, welche zuerst vom Bonner Kongreß, dann auf Initiative der BAK, auch von der Westdeutschen Rektorenkonferenz unterstützt wurde.



Modell mit Zukunft?

HschRG in Augsburg schon Realität

Bayern, wie immer nicht zimperlich, wenn es um Bildungsreformen geht, ist drauf und dran, schon wieder mal den Vogel abzuschließen.

In Augsburg soll ein Projekt Wirklichkeit werden, das vielleicht bald einmal Prototyp der westdeutschen Universitäten werden kann. So jedenfalls stellen es sich die Großindustriellen vor. Und so steht es in den „Empfehlungen zu Struktur und Studienprogramm“, herausgegeben vom Bayerischen Kultusministerium: „Wirtschaftspraxis und öffentliche Verwaltung verlangen heute verstärkt qualifizierte Führungskräfte.“ Hauptziel der „Reform“-Universität sollen die Ausbildung zum Dipl.-Wirtschaftler und die Hochschulfortbildung für Führungskräfte sein, eine technologische Reform sollte stattfinden mit dem Ziel größerer Effektivität und einer Anpassung an die „Bedürfnisse der Wirtschaft“, die sich auf „systematische und empirische Studien nach Art der Marktforschung“ stützt.

Und so soll das Ganze in der Realität aussehen: 4-jähriges Studium in zwei Abschnitten mit Zwischenprüfung und Studienjahr, anschließend für die Elite noch ein Doktorandenstudium. Im Grundstudium soll nur in kleinen Gruppen gearbeitet werden, und zwar nach einem „genormten“ Plan mit genauer Festlegung der Thematik. Wie schön das doch alles ist: Kleine Massenvorlesungen, Stundenplan und Lehrplan... fast wie in der Schule!

Ein besonderer Gag ist das „zentrale Forschungsinstitut“, das allein

unter der Kontrolle des Präsidialausschusses von einem Geschäftsführer geleitet werden soll. In diesem Institut werden Professoren, Assistenten und auch — man höre und staune — fortgeschrittene Studenten nach Genehmigung ihres Projektes forschen dürfen.

Doch für wen wird hier geforscht? Studenten des Hauptstudiums sollen Studenten des Grundstudiums betreuen, und mit gleichzeitigen Didaktik- und Management-Technik-Kursen sollen die Führungsqualitäten der Studenten geschult werden. Also auch noch Gängelung der Studenten durch eigene Kommilitonen?

Auf drei Jahre gewählter Gründungspräsident, nicht abwählbar (!) ist Professor Perridon. Vergleicht man übrigens diese „Reformuniversität“ mit den Plänen der DSU (in Bochum: BSU) zur Reform des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums, so stellt man eine fast vollkommene Übereinstimmung fest. Kein Wunder, denn Professor Perridon war Mitglied der DSU-Kommission.

Experimente sind nützlich, aber wenn nützt diese Reformuniversität? Sie hilft nicht den Numerus clausus abzuwenden, denn dazu hat sie sich auf eine zu kleine Elite festgelegt, auf die vielleicht 10 Prozent Führungskräfte, die unsere Universitäten zueignen.

Forschung ist auch wichtig, aber Forschung ohne Mitbestimmung und demokratische Kontrolle nützt nur der Monopolindustrie. Am „Testfall Augsburg“ können wir sehen, was uns das Hochschulrahmengesetz bringt!

Dozenten von eigenen Gnaden

„Sind Sie überhaupt legitimiert, hier im Namen der Assistentenschaft (bzw. der Studentenschaft) eine Erklärung abzugeben?“ Der Herr Ordinarius jedenfalls fühlte sich legitimiert, im Namen der über 300 Dozenten an unserer Universität diese Frage zu stellen. Schließlich sprach er als Mitglied des „Geschäftsführenden Vorstands der Dozentenschaft an der RUB“.

Die Dozentenschaft hatte ihren ersten öffentlichen Auftritt anlässlich eines „Gesprächs“, zu dem das Rektorat für den 21. 12. 70 eingeladen hatte (s. „Probleme unserer Universität“, S. 1).

Im Oktober hatte die Dozentenschaft zum ersten Mal von sich reden gemacht, als der anonyme „Geschäftsführende Vorstand der Dozentenschaft“ anlässlich der Diskussion um die Wahlordnung zum Universitätsparlament einen Drohbrief an die „verehrten“ Kolleginnen und „geehrten“ Kollegen verschickte.

Der Rektor hat die Dozentenschaft seit langem in seinen Postvertreter aufgenommen und behandelt sie als Teilkörperschaft, obwohl ein Zusammenschluß der Dozentenschaft als Teilkörperschaft nicht möglich ist, solange unsere Verfassung nicht voll genehmigt ist.

Diese Dozentenschaft, die mit einem Alleinvertretungsanspruch auftritt, repräsentiert nur gut die Hälfte unserer Ordinarien und ist daher in keiner Weise verbindlich.

Ziel dieses Professoralen Freundeskreises ist die „sachliche Studien- und Prüfungsreform“ — sachlich — funktional — Hochschulrahmengesetz!

Diese vom Rektor geförderte Rechts-Organisation wird in Zukunft noch stärker an die Öffentlichkeit treten, bei der konkreten Durchsetzung der Bestimmungen des Hochschulrahmengesetzes an unserer Universität!

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN

trisper Kleinstlinse angenehm zu tragen unsichtbar · unzerbrechlich

BRILLEN **Hagemann** SÜDRING 20

Fachschaft SoWi zum Fall Lipp

Studentenschaft der Abteilung für Sozialwissenschaften

An den Dekan der Abteilung VIII

Betr.: Habilitationsverfahren von Herrn Dr. Lipp

Sehr geehrter Herr Professor Herder-Dorneich

Im Mai 1968 verabschiedete die Abteilung eine neue Habilitationsordnung, die eine kumulative Habilitationsleistung vorsah. Diese Ordnung wurde keinem Gremium zur Genehmigung zugeleitet, weder dem Senat noch dem Kultusministerium. Gleichwohl wurden einige Habilitationen nach dieser Habilitationsordnung vollzogen, zuletzt die von Herrn Dr. Pankoke.

Das Verfahren von Herrn Dr. Pankoke ist trotz erheblicher rechtlicher Bedenken nach der noch nicht genehmigten Ordnung abgeschlossen, die Habilitation von Herrn Lipp wurde kurz vor dem Abschluß aus juristischen Vorbehalten storniert. Der Rektor mußte von seiner Rechtsaufsicht Gebrauch machen. Nachdem Sie in der letzten Fakultätssitzung vor den Weihnachtsferien erklärt haben, daß das Habilitationsverfahren von Herrn Dr. Lipp weitergeführt würde, hat die Studentenschaft der Abt. VIII folgende Fragen:

1. Warum steht das Gutachten von Prof. Kesting über die Habilitationsschrift von Herrn Dr. Kiss noch aus, obgleich die Arbeit bereits seit Juli 1970 vorliegt?
2. Warum hat Prof. Kesting im Zusammenhang mit der ersten Frage das Gutachten für Herrn Dr. Lipp in der Zeit vom 15. Dez. bis zum 2. Jan. 71, also in ca. 14 Tagen fertigstellen können, obwohl die Arbeit von Herrn Dr. Kiss schon seit einem halben Jahr zur Begutachtung vorliegt?
3. Warum wurden für Herrn Dr. Kiss vier Gutachter bestellt (davon zwei auswärtige) und für Herrn Dr. Lipp nur drei, alle aus dieser Abteilung, von denen Prof. Papalekas noch der Doktorvater von Herrn Dr. Lipp ist?
4. Warum sind die Auslegungsfristen bei der Arbeit von Lipp und

den Gutachten über ihn (285 Seiten Habilschrift, ca. 15 Seiten Gutachten von Prof. Faul und jeweils ca. 3-4 Seiten Gutachten von Prof. Kesting u. Prof. Papalekas) auf zehn Tage, davon nur sechs Werk-tage, beschränkt worden, weniger als bei einer Dissertation?

5. Glauben Sie, daß eine Arbeit, die von Lipp in fünf Wochen erstellt wurde, in sechs Auslegungstagen die notwendige wissenschaftliche Würdigung von allen Fakultätsmitgliedern und den interessierten weiteren Mitgliedern der RU finden kann, zumal es sich um ein so diffiziles Thema wie „Opportunismus als Strukturprinzip der soziologischen Systemtheorie. Zur Kritik modernen Systemdenkens“ handelt?

6. Sind die anderen Abteilungen dieser Universität informiert worden, und ist dies in angemessenen Fristen geschehen?

7. Handelt es sich bei Lipp um eine Weiterführung des vom Rektor stornierten Verfahrens? Wenn ja, auf welcher neuen Rechtsgrundlage?

Oder handelt es sich um ein neues Verfahren, nach der genehmigten Habilitationsordnung aus Münster? Wenn dies der Fall sein sollte, ist es Ihnen bekannt, daß nach gültigem Universitätsrecht Habilitationen im Senat angemeldet werden müssen? Nach uns vorliegenden Informationen ist die Anmeldung nicht erfolgt? Stimmen Sie uns zu, wenn wir meinen, daß das jetzt durchgeführte Habilitationsverfahren wieder erhebliche rechtliche Mängel aufweist?

Wegen des fortgeschrittenen Stadiums des Habilitationsverfahrens von Herrn Dr. Lipp müssen wir Sie bitten, vor Beendigung der Offenlegungsfrist die Fragen der Studentenschaft schriftlich zu beantworten.

Wir erlauben uns mit gleicher Post dieses Schreiben dem Rektor, dem Staatskommissar der RUB, den Dekanen aller Abteilungen und allen Fakultätsmitgliedern der Abteilungen IV u. VIII zuzusenden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Der Fachschaftsrat

Jubiläumsumrummel um eine Totkranke

Marschmusik, langatmige Reden, Blumengewinde und Freifahrten sollten bei der Jubiläumfeier der BOGESTRA die Tatsache verschleiern helfen, daß die Gesellschaft angesichts des riesigen Defizits eigentlich mehr Grund zum Trauern als zum Feiern hätte.

Dennoch plauderten OB Claus und Direktor Witz von bewältigten Schwierigkeiten der Vergangenheit und sahen optimistisch in die Zukunft. Allein der Sprecher des Betriebsrats und des ASTA stimmten nicht in die Jubiläumshymnen ein, sondern machten auf das brennende Problem der unmittelbaren Zukunft aufmerksam, das viele Verkehrsteilnehmer besorgt: die drohenden Fahrpreiserhöhungen.

Unsere Forderung, bei der neuen Straßenbahnlinie 5 den O-Tarif

durchzusetzen, also einen Fahrpreisboikott durchzuführen, veranlaßte die BOGESTRA-Spitze dazu, dem ASTA direkte Gespräche über die Möglichkeiten des allgemeinen O-TARIFS anzubieten.

Der ASTA ist zu diesen Gesprächen bereit, wenn er auch weiß, daß die BOGESTRA mit diesem Angebot taktische Ziele verfolgt. Unser Interesse richtet sich primär auf die Entwicklungsplanung der Gesellschaft sowie auf die zu erwartende Tarifentwicklung. Ob die Gespräche Sinn haben, d. h. ob sie uns wichtige Informationen bringen, wird sich sehr bald zeigen!

Unsere Aufmerksamkeit muß sich nun ganz auf die kommende Aufsichtsratssitzung am 16. 2. richten, wo über die Fahrpreiserhöhung entschieden werden wird. mh

Men like its flavor Women love its aroma

RUM and MAPLE PIPE MIXTURE

2.50 Gratismuster • PLANTA • Berlin 61

Wahlergebnis Marburg

Die Wahlen zum Studentenparlament an der Marburger Uni endeten mit einem eindeutigen (2/3 Mehrheit) Erfolg der Linken.

SHB: 18 Sitze (vorher: 16)
SPARTAKUS: 11 Sitze (vorher zusammen mit dem SDS: 9)

RCDS: 10 Sitze (vorher: 11)
Unabhängige: 1 Sitz

Der NHB, der bislang 1 Sitz hatte und diesmal unter dem Namen „Aktion Widerstand“ kandidierte (s. BSZ Nr. 70), erhielt keinen Sitz mehr. Der neue ASTA wird wieder von SHB und SPARTAKUS gestellt.

Der Augen Wille:

die Heinen-Brille

Bochum, Kortumstraße 45
ü. Ruhrpark-Einkaufszentrum

Frustrationsgetto RUB

Rettungsring im Sumpf? Sozialberatung der Studentenschaft

Die Sozialberatung beim AstA sollte ursprünglich den Studierenden behilflich sein, trotz der schwierig durchschaubaren Honnefrichtlinien ein möglichst hohes Stipendium zur Verfügung zu haben. Daß Geldprobleme fast jedem Studenten Schwierigkeiten bereiten, hat sich inzwischen herumgesprochen. Man scheut sich nicht mehr, hierüber offen zu sprechen, nur sehr wenige bestehen darauf, bei der Diskussion solcher Fragen während der Sozialberatung alleine im Zimmer zu sein. Zuwenig Geld zu haben, ist für einen Studierenden keine Schande mehr, sondern ein bekanntes Faktum, das er in die Bewältigung seines Studiums meistens einzukalkulieren hat.

Geldprobleme lassen sich aber in vielen Fällen ohne große Schwierigkeiten lösen. Was die viel diskutierte soziale Situation der Studierenden an unbewältigten Hindernissen noch belästigt, reicht aus für Arbeitsunfähigkeit, Kontaktstörungen, Studienabbruch. Selbstmord im äußersten Fall. Studentinnen und Studenten sind die Bevölkerungsgruppe mit der größten Anzahl akuter neurotischer Erkrankungen.

PERSÖNLICHE PROBLEME

Jetzt wäre ein Exkurs notwendig aus einer selbst in Ansätzen kaum entwickelten Psychologie, die Aufschluß darüber geben könnte, wie die irrational leistungsorientierte Massenuniversität einer spätkapitalistischen Gesellschaft psychopathologische Anlagen aus der Frühkindheit und einer meist nur ängstlich überstandenen Pubertät in Dienst zu nehmen weiß für ihr vernichtendes Prinzip von „divide et impera“ in Form eines Konkurrenzkampfes aller gegen alle worin der Tüchtigste allein sich durchsetzt.

Unterwürfigkeit, Opportunismus, Bewährungs- und Prestigesucht statt humanem Sachinteresse sind einige der Eigenschaften, die im akademischen „Mensch-ärgere-dich-nicht“ über Rausfliegen und Vorwärtskommen entscheiden.

Autonome Selbstbestimmung ist nicht gefragt. Die durchgängige ökonomische Entfremdung unserer Warengesellschaft wird zur durchgängigen psychischen Entfremdung derer, die in die allgemeinen Tauschbeziehungen außer bestimmten Verhaltensnormen kaum etwas einzubringen haben.

Die studentische Sozialberatung darf natürlich nicht mit dem Studienbüro oder anderen therapeutischen Einrichtungen verwechselt werden. Ebenso falsch ist die bequeme Entschuldigung, daß die psychosoziale Lage der Studierenden in erster Linie Befähigungsfeld hierfür gebildeter Einrichtungen sei.

Die Bochumer Tramp-Kommunikation, die gewöhnlich als Dreiaxter abläuft (1. „zur Uni?“; 2. Motorengeräusch; 3. „Danke!“) kann schon aus quantitativen Gründen nicht vom Studienbüro aus verändert werden. Der Leistungsschwund wegen Arbeitsunfähigkeit, dauernder Angst im Seminar oder in der Bibliothek oder wegen kommunikationsloser Arbeitsweise

kann nicht von der Sozialberatung her behoben werden, auch dann nicht, wenn die Fortzahlung von Honnef dabei auf dem Spiele steht.

Die Beispiele ließen sich beliebig fortführen in Hinblick auf die Probleme gegenüber dem Elternhaus, auf die repressiven Vermieter-Verhältnisse, auf Kontaktängste, Liebesunfähigkeit, Sexualverhalten....

Die Sozialbegrenzung beim AstA kann sich nur begrenzt diesen Problemen widmen. Ihrer Struktur und der daraus abgeleiteten Leistungsfähigkeit nach muß sie eben technisch geartete Einzelhilfe geben; es sei denn die Hilfe beschränke sich auf Vermittlung mit den zuständigen Stellen (z. B. entsprechende Referate im AstA, Fach-

likt der antiautoritären Bewegung scheint vielen in der Bevölkerung die Studentenschaft ein letzter Rettungsanker zu sein, wo sich die bürgerliche Medizin verweigert. Schüler, Lehrlinge, Arbeiter, Angestellte, fast ausschließlich Jugendliche besorgen sich hier eine geeignete Pille, sonstige Informationen über Antikonzeptionsmittel oder — eine der schwierigsten Fragen — suchen Hilfe bei einer oft gleichermaßen unerwünschten wie unzumutbaren Schwangerschaft. Unerfreuliche Erfahrung gebietet an dieser Stelle einen dringenden Appell:

Auch wer so große Sexualscheu hat, daß es ihm schwerfällt, sich nach Verhütungsmitteln zu erkundigen, sollte

sich trotzdem die Pille besorgen. Die schönste Methode garantiert keine Schwangerschaftsverhütung — außer Enthaltsamkeit; Enthaltsamkeit aber für die schönste Methode zu halten macht ein Sexualgespräch nur noch dringlicher.

Detailschilderungen bestimmter Problemlagen können wir uns hier sparen. Als Zusammenfassung ist der Hinweis wichtig, daß grundsätzlich jeder mit jeder Schwierigkeit kommen kann, daß die Sozialberatung der AstA eine Einrichtung der Studentenschaft ist, die dem Einzelnen dazu verhelfen soll, von der neurotischen Universität nicht zerdrückt zu werden und außeruniversitäre Belastungen des



SEXFRONT

GÜNTER AMENDT - SEXFRONT - MÄRZ VERLAG FRANKFURT 1970 - 160 SEITEN - 5,- DM (bitte nicht bei Brockmeyer kaufen)

Dieses Buch sollte jeder Jugendliche (und älter!!!!) gelesen haben, doch es muß folgendes berücksichtigt werden:

Amendt postuliert ohne jegliche Berücksichtigung der bestehenden bürgerlichen Sexualmoral eine Gesellschaft, in der Sexualität eine solche Selbstverständlichkeit ist wie Essen und Trinken; — dies könnte zu starken Minderwertigkeitskomplexen bei den Lesern führen, für die die bestehenden sexuellen Schranken unüberwindbar sind.

BEISPIEL: PARTY REGELN

1. Gibt es was zu essen?
2. Gibt es was zu trinken?
3. Gibt es was zu ficken?
4. Kann man jemanden anpumpen? Gehe Punkt für Punkt durch. Erledige jeden Punkt. Mach dir eine Strichliste. Hast du alle Punkte durch und nicht erreicht, was du willst, dann verlaß die Party und gehe zu einer anderen.

Berücksichtigt wird hier nicht: 1. wann ist man überhaupt auf einer Party; 2. wie sollte man zu einer anderen Party gehen können; 3. gäbe es dort was zu ficken? Amendt überschätzt einfach die Selbstüberwindung der verkrampten und verklemmten lieben Mitmenschen. An der RUB ist es eben nun mal nicht üblich, daß man ziemlich riskolos sagen kann: „Du weißt schon ... Ich möchte ganz gerne mit dir schlafen.“ Vielmehr bringt man es nicht einmal fertig zu sagen: „Du ... ich finde dich nett.“ — genauer gesagt: an der RUB guckt man sich mit unbeweglicher Maske vor dem Gesicht kurz an und spricht nicht einmal mit dem in Frage kommenden Partner.

Trotz dieser schönen Utopie: lest dieses Buch, es wird euch helfen. ee

Studiums zu bewältigen. Wo die Sozialberatung vor der Entscheidung steht zu dilettieren oder weiter zu vermitteln, wird sie bemüht sein, eine kompetente Stelle zu finden. R. Duhm

Mensa-Fête!

RUB-PUB

In den 80er Jahren wird laut Planung einmal der Zeitpunkt kommen, wo es dem Studenten an der Ruhr-Universität möglich sein wird, nicht nur zu studieren, sondern auch zu leben!

In den 80er Jahren wird die RUB von blauen Seen und grünen Wiesen umgeben sein; dann wird es zahlreiche Einrichtungen geben, die dem Studenten Möglichkeiten zur künstlerischen Gestaltung, zur psychischen und physischen Entspannung und zu sozialen Kontakten außerhalb des Universitätsbetriebes bieten.

In den 80er Jahren — bis dahin allerdings werden noch zahlreiche Studentengenerationen an ihren Frustrationen, am Gefühl der Vereinsamung und des erzwungenen sexuellen Verzichts zugrunde gehen müssen.

Was bedeutet es, wenn die Ruhr-Universität immer als Arbeitsuniversität bezeichnet wird? Sind Bochumer Studenten fleißiger als ihre Marburger oder Münchener Kommilitonen? Nein, Studenten der RUB sehen sich einfach in besonderem Maße gezwungen zu sublimieren, „den unbefriedigten Geschlechtstrieb in kulturelle Leistung umzusetzen“, d. h. zu arbeiten.

Der eklatante Mangel an sozialen Begegnungstätten in Bochum

hat inzwischen solche Ausmaße angenommen, daß die Frage aufkommt, ob dieser Zustand bewußt erzeugt wurde, um die Mensa auch täglich voll zu haben, denn wer geht dort schon primär hin, um zu essen?

Man könnte annehmen, daß Studenten, die in Bochum Lokale eröffnen, bestrebt sind, diese unmenschlichen Verhältnisse abzubauen. Stattdessen errichten sie exklusive erscheinende Clubs und Pubs mit überhöhten Preisen (Bier 1,10 DM), mit bürgerlichen Kleidungs-vorschriften, zu denen man teilweise nur mit Clubkarte Zutritt finden kann (gemeint sind Miners Club, Queens Pub).

In Bochum fehlen Kneipen, in denen es keine Kleidungs-vorschriften gibt, wo das Bier nicht mehr als 40 Pfennig kostet und in denen man Musik hören kann, ohne dafür draufzuzahlen — eine Kneipe, die von Studenten betrieben wird, nicht um Profite zu machen. Und genau eine solche Kneipe wird noch in diesem Semester vom AstA eröffnet werden! (Hinter der Mensa, wo jetzt noch die DSKV drinsitzt).

Wir suchen noch Kommilitonen, die beim Ausmalen helfen. Außerdem braucht das Ding noch einen Namen.

Anregungen und Anmeldungen im AstA, Baracke 1 m.h.

Studenten leben in der Mensa...

Ein Spiel mit fünf (fast) authentischen Szenen

1. Szene
Mensa-Cafeteria am Morgen; wenig Betrieb; ein paar Studenten sitzen an einem Tisch und ein Haufen Bierflaschen liegt und steht um sie herum.

1. Student: Mann, wir sind schon wieder blau!

2. Student: Hier an der RUB säuft man nicht...

3. Student: Aus Lust und Freude am Saufen...

1. Student: sondern um diese Scheißatmosphäre zu vergessen.

2. Szene
Mensa; großer Speisesaal; Studenten essen zu Mittag, an einen Tisch tritt ein BSZ-Verkäufer heran.

Verkäufer: die neue BSZ!

Studenten: (essen weiter, sagen nichts)

Verkäufer: das Neueste von der Ruhr-Universität! Heute in der BSZ! Studenten: (essen weiter, sagen nichts)

Verkäufer: (geht weiter und ruft: „Die Landesregierung schließt die RUB am kommenden Montag!“)

Studenten: (essen verunsichert weiter, sagen nichts)

3. Szene
Mensa unten; eine ultralinke Studentengruppe baut ihren Tisch ab, eine Kommilitonin zählt die Einnahmen, ein Student nähert sich.

Student: Können Sie mir 50 Pfennig wechseln, der Automat ist kaputt? Kommilitonin: Wir sind doch keine Wechselstube.

4. Szene
Mensa-Nachmittagszeit; 3 Studenten, die sich nicht kennen, sitzen an einem Tisch.

1. Student: Ich würde gerne Skat spielen!

2. Student: Ich hätt' so richtig Lust auf 'nen Skat!

3. Student: Ob ich die beiden wohl bitte, mit mir Skat zu kloppen? (Sie sitzen weiterhin schweigend beisammen)

3. Student: Ich frage lieber nicht, denn ich will doch nicht für einen Hajo gehalten werden.

5. Szene
Mensa zur Abendstunde; Student und Studentin, die sich nicht ken-

nen, sitzen an einem Tisch — beide denken.

Student: Ich könnt so eine wie die brauchen! Verdammt Scheiße, so ein Leben allein.

Studentin: Warum sagst du eigentlich nichts, aber ich mach doch nicht den Anfang, was soll man denn von mir denken!

(Beide stehen auf, sie entfernt sich nach links, er nach rechts).

Axel Jost

DIE NOTWENDIGKEIT DIESER SEITE

Seit den letzten SP-Wahlen ist es das Bestreben der neuen BSZ-Redaktion, „einen realen Beitrag zur Einbeziehung bisher noch weniger politischer Studenten in die Auseinandersetzung an ihrem Arbeitsplatz zu leisten“ (BSZ Nr. 65).

Dies kann nur geschehen durch die Artikulierung der realen Bedürfnisse und Interessen der Studentinnen und Studenten — doch welches sind diese? Ist es das reale Bedürfnis der Studierenden, daß der Staatskommissar abgeschafft wird, oder daß durch eine langgesuchte Partnerin bzw. Partner Schluß gemacht wird mit der selbstzerstörerischen Vereinsamung?

Dank unserer gesellschaftlichen Verhältnisse stellt sich diese Frage für jeden von uns, d. h. der individuellen Konflikt hat seinen gesellschaftlichen Bezug verloren. Gelingt es nicht, diesen Bezug herzustellen, so wird man immer Gefahr laufen, „am Bewußtsein der Studenten vorbeizuschreiben“.

Vereinsamung führt zu politischer Passivität, indem der Einzelne durch seine individuellen Probleme so sehr belastet wird, daß er keine Kraft mehr hat, sich im gesellschaftlichen Raum zu engagieren. Mutter Staats Busen wird wieder zur nährenden Quelle des Vereinzelten, um einen Beitrag zu leisten, daß dies verhindert wird, werden in Zukunft auch sozial- und individualpsychologische Probleme in der BSZ behandelt werden. m.h.

BUMMS MAL WIEDER!

NACHTRAG ZU BSZ NR. 68 - 19. 11. 70

Da selbst Der Spiegel (Nr. 50/70 — Hohlspiegel) unseren Trimm-Dich-Artikel brachte:



Angeregt durch den „Trimm Dich durch Sport“-Slogan des Deutschen Sport-Bundes (DSB) „Ohne Fitneß kein Fortschritt“ warb die „Bochumer Studenten Zeitung“ (Ausgabe: 8000) für „Klassenkampf durch Körperertüchtigung“. Begründung: „Wie wollt ihr gegen dieses System kämpfen, wenn ihr rein körperlich den Kampf nicht aushaltet?“

sei uns dazu folgender Nachtrag erlaubt:

verantwortlich für diese seite:

michael holzach — shb

erich eisel — shb

in der nächsten nummer:

— alles über das studienbüro

— gemischtbelegung in den wohnheimen

— kontakthilfen

In der Freiwilligenport-Liste war ren 20 Sportarten aufgeführt, die vom IfS angeboten werden. Aus juristischen und moralischen Gründen war das IfS noch nicht in der Lage, eine 21. Sportart vorzustellen, die jetzt auch als olympische Disziplin anerkannt wurde:



aus SEXFRONT
Trainingszeiten für Studentinnen, Studenten und sonstige Uni-angehörige ist So — Sa von 20.00 — 24.00 Uhr. Die Trainingsstätten sind beim AstA — Baracke 1 — zu erfragen. ee

RUHRSTUDENT

Als W. vor 1 1/2 Jahren Abitur machte, hatte er sich sein Studentenleben eigentlich anders vorgestellt: In seinem ganzen Verwandten- und Bekanntenkreis war er der erste, der studieren würde; sein Vater — ein Beamter im mittleren Dienst — hatte ihm einen gebrauchten VW geschenkt, damit er jeden Tag von Herne zur Uni fahren könnte; da er zu Hause wohnen würde, brauchte er die familiäre Gemütlichkeit nicht aufzugeben und sparte obendrein viel Geld...

Doch schon bald merkte W., daß es an der RUB doch nicht so rosig war, wie er es sich ausgemalt hatte: Die riesigen Hochhäuser hatten ihm zunächst furchtbar imponiert; — jetzt fürchtete er sich vor den langen Gängen, den vielen Türen, der kalten Atmosphäre — dem Beton.

Auch sein Studium gefiel ihm bald nicht mehr: Er studierte Wirtschaftswissenschaften — „damit mal was anständiges aus Dir wird“ hatte sein Vater gesagt. Daß dies mit 30 Wochenstunden und so viel Büffeln, Pauken und Leistungsdruck verbunden war, hatte W. nicht ge-

dacht. Und während er früher in der Schule immer gut mit seinen Mitschülern ausgekommen war, fand er nicht so recht den Kontakt zu seinen „Kommilitonen“, obwohl sie — zu 400 Mann in einen Hörsaal gestopft — fast die ganze Woche zusammen verbrachten — über allgemeine Gespräche über Wetter, Fußball und Autos hinaus kam es nicht. Eine Studentin (unter den 4000 waren 37) sah er auch ab und zu mal — aber mit ihr sprechen?!!?! — und das, obwohl er bis zum Abitur laufend Freundinnen hatte.

Und seine Eltern benahmen sich auch anders: Während sie sich zuerst gefreut hatten, daß W. studierte, kümmerten sie sich jetzt zu sehr um sein Studium.

Er sollte möglichst viel lernen, viele Scheine machen, immer arbeiten, so schnell wie möglich fertig sein — „denn Deine Eltern lassen Dich ja schließlich studieren, dann zeig Dich auch dankbar!“

In diesem, seinem 3. Semester, hat W. endlich Kontakt gefunden; er ist Anfang November in eine

Clique gekommen, die immer in der IB-Cafeteria Skat spielt. W. trifft sich morgens um neun mit seinen drei Freunden und sie spielen jeden Tag um eine Flasche Bier.

In die Vorlesungen gehen die vier nicht mehr — sie wollen mal ein Semester ausspannen. W. hat zwar ein bißchen Ärger mit seinen Eltern gekriegt: Als er dreimal hintereinander schon um zwei Uhr nachmittags nach Hause kam, argwöhnten sie, er arbeite nicht mehr ordentlich. Doch jetzt spielt W. immer bis fünf Uhr und die Alten sind wieder beruhigt. Wenn mal eine gutaussehende Studentin in der Cafeteria vorbeigeht, stoßen sie sich an und hören für einen Moment mit dem Skatspiel auf. W. kann eigentlich ganz gut Skat spielen — mindestens zweimal in der Woche gewinnt er die Flasche Bier. Er versteht sich ganz gut mit den drei anderen und ist recht zufrieden, da man von der Scheiß-Uni kaum was mitkriegt, — obwohl sie sich seit einiger Zeit acht Stunden am Tag nur noch über Skat unterhalten... obwohl alles so LEER ist... ee

An die Verdreher vom „Contrapunkt“:

Das ist die Lage im Studentenwerk

Das Bochumer Studentenwerk hat in jüngster Zeit Schlagzeilen gemacht. Schlagzeilen in der BSU-Gazette „Contrapunkt“ GI-Artikel: Das Studentenwerk ist pleite. Und wer ist daran schuld? Für die Mannen von der BSU mit Anton von Magnis an der Spitze, war die Antwort leicht: „die böse politische Konkurrenz der SHB“. Um möglichst viel public relation für die BSU aus den Vorgängen um das Studentenwerk zu machen, quasselten die Be-„Contrapunkt“-schreiber so lange mit Halbwahrheiten, Lügen und Verdrehungen an ihren Artikeln herum, daß es für einen unbefangenen Leser schließlich schwer sein mußte, auch nur ein Fünkchen Wahrheit in 500 Zeilen zu entdecken. Im folgenden veröffentlichte AstA eine Stellungnahme.

Wie kam es zu der jetzigen Situation im Studentenwerk, wie kam es dazu, daß der geschäftsführende Vorsitzende Schultz in der Mitgliederversammlung des Studentenwerkes am 28. August 1970 nicht wiedergewählt wurde, wie kam es dazu, daß zwei Mitglieder des Studentenwerkes wegen geschäftsschädigenden Verhaltens aus dem Verein ausgeschlossen wurden, wie kam es zu der jetzigen finanziellen Situation im Studentenwerk?

Als der jetzige AstA im Sommersemester 1970 gewählt war, fand er im Studentenwerk folgende Situation vor: Zwischen dem ehemaligen AstA Starostik und dem ehemaligen Vorstand des Studentenwerkes Schultz/Dröge bestand eine gerichtliche Auseinandersetzung. Der geschäftsführende Vorsitzende Schultz und das Mitglied des Verwaltungsrates Wenzel hatten durch eine falsche eidesstattliche Erklärung beim Amtsgericht Bochum eine einstweilige Verfügung gegen das vom AstA deligierte Vorstandsmitglied K. erwirkt, mit der ihr untersagt wurde, ihre Aufgabe im Vorstand des Studentenwerkes nachzugehen. Damit hatten es Schultz und Co. geschafft, die letzte Kontrollmöglichkeit über das Studentenwerk dem AstA zu entziehen.

Über die Finanzsituation des Vereins bestand damals völlige Unklarheit. Obwohl der Vorstand des Studentenwerkes laut Vereinsatzung in den ersten 4 Monaten eines neuen Geschäftsjahres für das vergangene Geschäftsjahr den Jahresabschluß und den Geschäftsbericht festzustellen hat, lag der Jahresabschluß für 1968/69 immer noch nicht vor, als Schultz im August 1970 abgesetzt wurde. Auch der Haushaltsentwurf für das Jahr 1970 war damals noch nicht vorgelegt. Das, obwohl das Studentenparlament bereits Monate vorher den geschäftsführenden Vorsitzenden ausdrücklich getadelt hatte, weil er die Verabschiedung des Studentenwerkshaushaltes durch Nichtbefolgung von Beschlüssen und Auflagen des Parlaments wesentlich verunmöglichte.

Studentenparlament und AstA hatten also nachdrücklich versucht, sich Kontrollmöglichkeiten über die Finanzen des Studentenwerkes zu beschaffen. Der letzte Versuch, die Beantragung eines Notvorstandes für das Studentenwerk, war kürzlich an der falschen eidesstattlichen Erklärung des früheren Vorstandes gescheitert. (Haben Sie da-

von ein Wort im Contrapunkt gelesen?)

Sofort in der ersten Sitzung des Studentenwerkes, an der der neue AstA teilnahm, wurde eine schleunige Untersuchung der Vorwürfe gegen den früheren Vorstand des Studentenwerkes verlangt und durchgesetzt. Damals war im Studentenwerk die rechte Fraktion noch so stark, daß es ihr gelang, die Busenfreunde des Herrn Schultz, Biensfeld und Wenzel in den Prüfungsausschuß hineinzu-mauscheln. Weil der neue AstA aber unmißverständlich zu verstehen gab, daß er notfalls mit weiteren gerichtlichen Schritten die Kontrolle über das Studentenwerk ermöglichen würde, wurden auch Exvorsitzender Starostik und der Sozialreferent des AstA Manfred Borchert in den Prüfungsausschuß gewählt.

Das Ergebnis: Sämtliche erheblichen Vorwürfe (Nichtvorlage des Jahresabschlusses, Nichtvorlage des Haushaltes für das Studentenwerk, Überschreitung der Kompetenz des Vorstandes des Studentenwerkes) wurden als stichhaltig anerkannt. Durch den Prüfungsausschuß kam auch die IOS-Affäre ans Licht: Der Vorstand Schultz/Dröge hatten auf Initiative des Vereinsmitgliedes Heinz Nöll und des Verwaltungsratsmitgliedes Wolfgang Wenzel bei IOS-Anlagen in Gesamthöhe von 200 640 DM sowohl das Studentenparlament als auch den Verwaltungsrat und den AstA hintergangen und dem Studentenwerk dadurch einen Schaden in Höhe von ca. 16 000 DM zugefügt. Während Biensfeld und Wenzel sich um möglichst butterweiche Formulierung im Prüfungsbericht bemühten, stellten Borchert und Starostik auf der folgenden Mitgliederversammlung des Studentenwerkes eindeutig fest, daß durch die IOS-Anlage studentische Gelder in unerhörter Art zweckentfremdet worden waren.

Nach der Vorlage dieses Prüfungsberichtes konnte sich selbst die Hälfte der Fraktion im Studentenwerk (bestehend aus uralten Funktionären eines 1965 gegründeten und schon 1967 wieder sanft entschlafenen SHB) nicht verschließen. Schultz kehrte aus seiner Zwangsurlaubung nicht mehr als geschäftsführender Vorsitzender ins Studentenwerk zurück. Der damals kommissarische Vorsitzende des Studentenwerkes, Wolf Genß, der in der Mitgliederversammlung des Studentenwerkes im Juli 1970 von der rechten Fraktion um Schultz

gewählt worden war, weil Genß am ehesten noch zum Mausecheln geeignet schien, wurde vom Sozialreferenten des AstA, Manfred Borchert, abgelöst. Frank Gebers, ehemals SP-Sprecher, kam als zweites Mitglied in den Vorstand des Studentenwerkes.

Wolf Genß, der zwar wenig gearbeitet hatte, aber dafür um so mehr Gehalt kassiert, zog sich nachdem er es sich nicht hatte nehmen lassen, die Buchhaltung des Studentenwerkes in noch schlimmeren Zustand zu versetzen als sie vorher schon war, zurück und lamentierte laut: „Das Studentenwerk muß Konkurs machen!“ Dabei ging er mit Zahlen über die Finanzsituation des Studentenwerkes in gewohnt großzügiger Weise um. Dafür, daß die Geschäftsführung des früheren Vorstandes en detail durchsichtig wurde, und dafür, daß die finanzielle Zukunft des Studentenwerkes geklärt wurde, tat Herr Genß keinen Finger krumm.

Erst der neue Vorstand beauftragte einen Wirtschaftsprüfer mit der Klärung der Finanzen, führte eine ordnungsgemäße kaufmännische Buchhaltung ein, holte innerhalb kürzester Frist einen Zuschuß in Höhe von 100 000 DM zur Abdeckung des Defizits der Kindertagesstätte 1970 beim Wissenschaftsministerium des Landes ein, holte bei der Stadt Bochum einen Zuschuß von 25 000 DM heraus, erreichte finanzielle Unterstützung auch bei der Ruhr-Universität, rechnete der DSKV vor, daß ihre Forderung sich nicht auf 394 000 DM belief („Contrapunkt behauptete sogar 400 000), sondern auf 320 000 DM, ermittelte darüber hinaus, daß die DSKV dem Studentenwerk Bochum seit 1964 die Erstattung sämtlicher Sachkosten schuldet und leitete in Zusammenarbeit mit dem Akademischen Förderungswerk die Finanzierung für das Wohnheimprojekt Laerholzstraße ein, mit deren Beginn dem Studentenwerk für veranschlagte Kosten rund 80 000 DM zu erstatten sind (haben Sie auch davon etwas im Contrapunkt gelesen?).

Natürlich wird die Arbeit des jetzigen Vorstandes im Hinblick auf zukünftige Projekte immer noch behindert, weil täglich Vergangheitsbewältigung auf dem Programm steht. Langsam aber klärt sich die Finanzsituation des Studentenwerkes. Für Ende Februar 1971 hat der Wirtschaftsprüfer seinen Bericht angekündigt.

„Mister Saubermann“ mußte gehen

Am 10. Juli 1970 wurde „Mister Saubermann“ gewählt. Am 28. Aug. verabschiedete er sich aus dem Studentenwerk. Endgültig abserviert wurde Wolf Genß am 18. Dezember. Die Mitgliederversammlung des Studentenwerkes beschloß einstimmig seinen Ausschluß wegen verunsichernden Verhaltens.

Nachdem der neue AstA durch Untersuchung der Vorgänge im Studentenwerk eine Zwangsurlaubung des früheren geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes Schultz durchgesetzt hatte, wurde von der damals noch sehr starken Altfunktionärsriege Wolf Genß als kommandierender Vorsitzender gewählt. Mit ihm meinten die alten Herren noch am besten über die Sünden der Vergangenheit sprechen zu können.

Genß verkündete nach der Wahl sein Programm, mit eisernem Besen im Studentenwerk für Ordnung zu sorgen. Eine seiner ersten Amtstätigkeiten: die Entlassung einer Angestellten in der Kitag. Seine Vorstandskollegen hat er dazu nicht gehört. Umso mitteilungswilliger

war er plötzlich, als Besuch aus Berlin erschien und 400 000 DM an Beitragsrückständen für das SS 70 forderte. Ohne diese Verbindlichkeit gegenüber der DSKV sowie die anderen Verbindlichkeiten und Forderungen des Studentenwerkes sorgfältig zu prüfen verkündete Genß bei jedem, der es hören wollte: das Studentenwerk muß Konkurs anmelden. Zwangsläufige Folge dieser unreflektierten Äußerungen: In der Geschäftswelt wurde das Studentenwerk diskreditiert. Bei dem Vertragsabschluß für ein Wohnungsprojekt kam es zu erheblichen Schwierigkeiten. Kleine Handwerker rückten an und bangten um ihr Geld.

Dafür, daß Außenstände des Studentenwerkes überprüft und eingetrieben wurden (Siehe „Zur Lage im Studentenwerk“) tat BSU-Genß nichts. Er versuchte vielmehr in der studentischen Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, der jetzige AstA versuche die Vorfälle der Vergangenheit zu vertuschen (s. auch hierzu den Artikel „Zur Lage

im Studentenwerk). Durch Veröffentlichung im Contra-Punkt und im BSU Bundesblättern „da“ versuchte er den Eindruck zu erwecken, daß die Finanzmisere des Studentenwerkes zu Lasten früherer Asten gehe, obwohl er genau wußte, wie sich der frühere Vorstand des Studentenwerkes der Kontrolle entzogen hatte. Wolf Genß war denn auch fest überzeugt, daß die Schulden für die Krankenversicherung dadurch entstanden seien, daß frühere Asten das Geld verwirrschaftet und nicht an das Studentenwerk weitergeleitet hätten.

Die Mitgliederversammlung des Studentenwerkes sah in der Diskreditierung der stud. Sozialarbeit in der Öffentlichkeit und in der Schädigung des Rufes bei Geschäftspartnern ausreichende Gründe Genß auszuschließen.

Übrigens: Wolf Genß, der sich immer so gerne als politischer „Mister Saubermann“ aufspielt, schloß unlängst mit dem Film-Club einen Vergleich über 15 000 DM. Er hatte für längere Zeit die Kasse des Vereins geführt ...

Bayernkurier:

Brandt Mann des Jahres

„Solches nimmt man Brandt in Washington übel, und deshalb sollte er sich möglichst bald um einen Termin bei Präsident Nixon bemühen. Es geht letztlich auch um seinen persönlichen Ruf, den ihm das Wochenmagazin „Time“ mit seiner Wahl zum „Mann des Jahres“ bestätigt hat. Diese Wahl des Magazins, das als Sprachrohr des linken republikanischen Flügels gilt, hat bei den konservativen republikanischen Politikern, denen das Schicksal Amerikas und Europas am Herzen liegt, sicherlich genauso wenig Zustimmung gefunden wie 1938 die Wahl Adolf Hitlers. Diese Wahl ist kein Kriterium für die Richtigkeit der Politik des Gewählten. Sie ist nur ein Ausdruck der Popularität. Aber auch eine solche verpflichtet, besonders wenn man Kanzler eines verbündeten Landes ist.“

STUDENTENWERK BOCHUM

Wir sind umgezogen in Baracke 1 und haben neue Öffnungszeiten:

Wohnheim und Wohnungsverwaltung - Zimmervermittlung Fahrschule

Zimmer 1: Sachbearbeiterin Frau Kirschbaum
 Öffnungszeiten: Mo.-Fr., 10-12.00 Uhr, Mi., 14-16.00 Uhr
 In Zimmer 1 erhalten Sie ebenfalls Auskünfte über die Fahrschule und unser ständiges Angebot von gebrauchten Möbeln.
 Tel.-Nr. 3993112

Studienverlag

Zimmer 4: Sachbearbeiterin Frau Coutourier
 Öffnungszeiten: Mo.-Fr., 10-12.00 Uhr, Mi., 14-16.00 Uhr
 Auftragsannahme und Bearbeitung sowie Kostenvoranschläge nur in diesem Zimmer. Hier werden auch Vorlesungsskripte verkauft.
 Tel.-Nr. 399643

Sekretariat-Studentenwerk

Zimmer 8: Sachbearbeiterin Frau Schramek
 Öffnungszeiten: Mo.-Fr., 10-12.00 Uhr, Mi., 14-16.00 Uhr
 Kurzfristige Darlehen und allgemeine Auskünfte (insbesondere über die Kindertagesstätte) nur in diesem Zimmer.
 Tel.-Nr. 3993112

Mini-Kfz-Versicherung

Zimmer 1: Sachbearbeiter Herr Klaus Hebink
 Öffnungszeiten: Mo.-Do., 10-12.00 Uhr

Geschäftsführung Studentenwerk

Zimmer 9: Manfred Borchert
 Anmeldung bitte in Zimmer 8
 Tel.-Nr. 3993112
 Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 10-12.00 Uhr, Mi., 14-16.00 Uhr

Kranken- und Unfallversicherung

ehemalige Zweigstelle der Westfalenbank neben der Buchhandlung Brockmeyer hinter der Mensa. Sachbearbeiterin Frau Wenzel und Frau Hausberg.
 Öffnungszeiten: Mo.-Fr., 8.30-12.30 Uhr, Tel. 51 1457. Ab Donnerstag, 28. Januar ist die Kranken- und Unfallversicherung in der Baracke 8, Zimmer 1 u. 2.

Thadden-Heim-Leiter-Sprossen

„Ich lege mein Amt nieder“ — so etwa (Vorsicht!) vernahmen es die Bewohner des Reinold-von-Thadden-Hauses aus dem Munde ihres Heimleiters, nachdem sie ihm auf der Heimvollversammlung mit großer Mehrheit das Mißtrauen ausgesprochen hatten.

„Keine Veranlassung zum Rücktritt“ — so meinte Pastor Peter Schur, der Heimleiter des Studentenheims R.-v.-Thadden-Haus, meldete die WAZ am 5. 1. 71 auf Veranlassung von Herrn Schur, nachdem sie am 19. 12. 70 schon seinen Rücktritt gemeldet hatten.

Direktor bei Villigst

Allgemeineres Interesse gewinnt dieser Fall denn auch erst dadurch, daß derselbe Herr Schur ab 1. 5. 1971 der neue Direktor des evangelischen Studienwerks Villigst werden soll. Dabei hat die Kirchenbürokratie natürlich die davon betroffenen Studenten, die von Villigster Stipendien studieren, genauso wenig gefragt wie die Studenten des v.-Thadden-Hauses damals bei der Einsetzung des Heimleiters.

Die Villigst-Studenten, die z. Z. die von der Stiftung gebotenen Möglichkeiten Seminare etc. zu veranstalten, für kritisch-politische Arbeit auszunutzen, fürchten jetzt zu Recht, daß ihnen ein Direktor vorgewetzt wird, der diese Arbeit erschwert. Ein Interesse daran könnten die sog. Alt-Villigster haben, ehemalige Stipendiaten höherer Jahrgänge, die wie ehemalige Verbindungsstudenten zusammenklucken und sich protegieren, und denen linke Aktivitäten nicht so ganz passen.

Ein Mann wie Schur, der das Mißtrauensvotum in der Zeitung mit der Bemerkung beiseitezuschoben versucht, von 188 Heimbewohnern seien nur 46 anwesend gewesen (nach Behandlung an zwei Abenden noch 46!), dürfte ihr Mann sein.

Sagte Alt-Villigster v. Renesse, Assistent und ehemals Rektorkandidat, über Schur: Er habe gehört, daß dieser Schwierigkeiten mit den Studenten habe und habe ihm geraten durchzuhalten — wenn Schur erst einmal Direktor bei Villigst sei, könne ihm nichts mehr passieren! rd

„Interpretationsschwierigkeiten“

werden die Studenten des Thadden-Hauses gehabt haben, die sich an den Ausspruch ihres Heimleiters auf der Heimvollversammlung erinnerten.

Mit „Interpretationsschwierigkeiten“ umschrieb auch die Heimsprecherin Erika Triller vorsichtig-ironisch den Tatbestand, der sie zum Rücktritt veranlaßte. Ihr einjähriger Versuch, mit Pastor Schur in der Heimleitung zusammenzuarbeiten, scheiterte, weil sie nicht nachvollziehen konnte, wie er Äußerungen, die er einmal getan hatte, mit späteren Äußerungen oder Handlungen in Einklang „interpretieren“ konnte.

Die Heimsprecherin hatte der Vollversammlung eine Dokumentation vorgelegt, in der sie die Fälle von widersprüchlichen Äußerungen oder verschleppender Arbeitsweise des Heimleiters aufzählt.

Beispiel für „Interpretationsschwierigkeiten“:

Als Frau Triller schriftlich nach einem für die Heimbewohner wichtigen Protokoll der letzten Kuratoriumssitzung fragte, antwortete P. Schur schriftlich: „Die Ergebnislosigkeit Ihrer wie auch meiner Bemühungen um das Protokoll ist in

der Tat ein Skandal ...“ Aus den Heimakten ging jedoch hervor, daß P. Schur schon vor Wochen einen Protokollentwurf zwecks Änderung vom Protokollanten der Kuratoriumssitzung erhalten und bearbeitet hatte. Trotzdem beantwortete er die Frage eines Tutors, ob er schon einmal etwas von dem Protokoll gehört hätte, mit „Nein“.

Den Widerspruch interpretierte er später mit der Feststellung weg, daß der Protokollentwurf nur ein „privates Anschreiben“ gewesen sei ...

In einem anderen Fall bezichtigte Schur einen Studenten, der ein Schriftstück nach Schurs Angaben geändert hatte, sogar der „Manipulation“.

Beispiele für nachlässige Arbeitsweise: Zahl der Briefe in Heimleiterfunktion vor der ersten Vollversammlung, in der Kritik laut wurde, 31 (in 2 Jahren, von Okt. 69 bis Okt. 70); danach 23 Briefe in einem Monat.

Nachweislich zu wenig geschehen war in zwölf Angelegenheiten, was Frau Triller so formulierte: „... Fehlinterpertation, man brauche dem Heimleiter ... ein Anliegen allenfalls zwei- bis viermal vorzutragen, damit es realisiert werde.“

Beschluß der Heimvollversammlung

Die Studenten zogen aus ihren Erfahrungen die Konsequenz und faßten folgenden Beschluß:

„Die Heimvollversammlung hat den Eindruck gewonnen, daß sich Herr Pastor Schur die Wahrnehmung seiner Aufgaben als Heimleiter zu leicht gemacht hat, daß er die Interessen der Heimbewohner und die studentische Mitarbeit in der Heimleitung nicht genügend ernst genommen hat, und daß er nicht nur versucht hat, diesen Tatbestand zu verschleiern, sondern auch nicht zögerte, an Stelle von

Argumenten beleidigende Äußerungen zu gebrauchen.“

Pastor Schur zu den Vorwürfen: Hier werde versucht, jemanden moralisch fertig zu machen, der sich dagegen natürlich nicht wehren könne. Aber auf der Vollversammlung war betont worden, daß es nicht um seine moralische Integrität gehe — einzelne Heimbewohner können Herrn Schur in einzelnen Fällen noch anständiges Verhalten bescheinigen —, sondern um die Wahrnehmung einer Funktion, um eine politische Rolle.

RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM

Termine für das Sommersemester '71

Semesterbeginn	1. 4. 1971
Zulassung von Ausländern	bis 1. 3. 1971
Einschreibungen	1. 4. — 16. 4. 1971
Zulassung von Gasthörern	1. 4. — 16. 4. 1971
Rückmeldefrist (SS 1971)	1. 2. — 23. 4. 1971
(WS 1971/72)	1. 7. — 22. 10. 1971
Exmatrikulationen und Beurlaubungen	1. 2. — 23. 4. 1971
Belegfrist	1. 4. — 30. 9. 1971
Vorlesungsbeginn	15. 4. 1971
Vorlesungsende	15. 7. 1971
Semesterschluß	30. 9. 1971

In der Zeit vom 28. 5. 1971 bis 5. 6. 1971 fallen die Lehrveranstaltungen aus.

Die oben angegebenen Fristen sind Ausschlußfristen.

Reifen-Dornhardt

Reifenfachhändler
 Runderneuerungs- und Vulkanisierbetrieb
 Deta-Batterielager

Sonderpreise f. Uni-Angehörige
 463 Bochum - Wittener Str. 449
 Fernruf 55 03 68
 gegenüber Opel-Eingang I

Sozialistische Demokratie in Polen?

Fehler der Parteiführung müssen durch Demokratisierung behoben werden

Danzig und Stettin wurden nicht wie die westdeutsche Presse zunächst annahm, ein zweites Prag, denn dazu reagierte die polnische Volkspartei zu spontan und zu umschichtig. Man sollte im Westen daneben auch noch betrachten, daß die polnische Führung nicht nur mit Gewalt reagiert hat. Ein so weitgehender Wechsel in der Spitze ist in der kommunistischen Geschichte ohne Beispiel. So schrieb die Münchener „Abendzeitung“ am 22. 12. 1970. Edward Gierek, der neue Mann in Polens KP war mit Vorschußlobernen bedacht worden — auch in der westdeutschen Presse: Spiegel nannte ihn einen „Manager mit gutem Verhältnis zu den Arbeitern“, die M „AZ“ einen Mann, von dem die Arbeiterklasse sagt: „Endlich einen Mann, der uns versteht.“ Doch wie war es soweit gekommen, daß der Partisanenkämpfer und Antistalinist Gomulka, der in Polen „den polnischen Weg zum Sozialismus“ aufbauen wollte, so schnell von der politischen Bühne abtreten mußte?

Man kann nicht über die Ereignisse in Polen diskutieren, beachtet man nicht die Geschichte der polnischen Volkspartei seit dem 2. Weltkrieg. Schon immer hatte die polnische KP starke nationalistische Züge, was durch Stalins „Personalpolitik“ auch nicht besser wurde. So gibt es auch heute noch einen antisowjetischen-nationalistischen Flügel in der KP (Moczar).

Als dann 1956 die Parteispitze aufgeschreckt wurde durch die Aufstände in Polen, blieb ihnen nichts anderes übrig als Gomulka, vom Gefängnis in die Regierung wechseln zu lassen. Dies war sowohl ein Friedensangebot an die Katholische Kirche, denen Gomulka den Frieden versprach, als auch eines an die große Zahl der Bauern, für die die Kollektivierung zu früh und zu unvorbereitet kam. Gomulka „verzichtete auf eine endgültige Abrechnung mit dem Klassenfeind“ und „forciert Polens Industrialisierung ohne Generalplan“ (Spiegel Nr. 53). Die Kollektivierung der Landwirtschaft wurde wieder rückgängig gemacht und die Methoden, mit denen die Bauern weiter arbeiteten, kannte man schon um 1900.

Nur 2,8 Prozent der Betriebe hatten mehr als 15 Hektar Land. Der Einfluß der polnischen Katholischen Kirche auf ihre 30 Millionen Mitglieder (!), die vor allem auf dem Land leben, zeigt sich hier ganz deutlich. Ihr liegt natürlich nichts an Kollektivierung und Rationalisierung, ihr geht es nur um den Kampf gegen den Sozialismus, wie auch die neuesten Kampfansagen beweisen. Doch Gomulka selbst hatte hier mit seinem Verzicht auf den ideologischen Kampf gegen den Klassenfeind und seiner eigenwilligen Wirtschaftspolitik den Grundstein für die Dezemberunruhen gelegt. „Auch das Angebot der Sowjetunion zu einer verstärkten Integration in den Comecon, die eine bessere Warenversorgung er-

möglicht hätte, wurde von Gomulka abgelehnt“ (Spiegel Nr. 53). Aber ohne internationale Arbeitsteilung und Zusammenarbeit läßt sich Sozialismus kaum verwirklichen!



W. Gomulka

Das Faß zum Überlaufen brachte jedoch die undiskutierten Preissteigerungen der Grundnahrungsmittel um rd. 20 Prozent im Dezember, die zudem noch die ärmsten Bevölkerungsteile am meisten betraf. Es widerspricht jeglicher sozialistischer Erfahrung, ausgerechnet die Grundnahrungsmittelpreise zu erhöhen. (bei gleichzeitiger Senkung mittelfristiger Konsumgüter wie z. B. Fernseher, Auto). Zudem wurde diese wichtige Entscheidung praktisch nur in einem kleinen Kreise des ZK diskutiert, wie dies unter Gomulka meistens der Fall war. Auf dieser entscheidenden ZK-Sitzung gab es dann auch heftige Auseinandersetzungen zwischen Gomulka und Gierek, der diese Sitzung erzürnt verlassen hatte.

Verständlicher Aufruhr bei den Arbeitern, als man in der Morgenzeitung von den drastischen Preissteigerungen las. Verständlich aber

auch der harte Einsatz der Polizei, denn sogar das SPD-Organ „Vorwärts“ mußte zugeben: „Es ist nun einmal unmöglich, einen empörten, aber verantwortungsbewußten Werktätigen von einem steinernden, zu allem fähigen Rowdy zu unterscheiden“ und weiter „ältere Werkarbeiter haben immer wieder versucht, jugendliche Heißsporne von Wahnsinnsstaten und Gewaltakten abzuhalten“.

„Die ersten Schüsse haben Polizeioffiziere erst abgegeben, nachdem die ersten Polizisten getroffen von Eisenstücken, die von handgefertigten Nahkampfwaffen abgefeuert worden waren, auf der Straße lagen.“ (Vorwärts, 13. 12. 70).

Dies nur, um die einseitige westdeutschen Pressemeldungen zu widerlegen. Die Verantwortungslosigkeit lag eben nicht darin, in einer solchen Situation Panzer eingesetzt zu haben, sondern in der Politik, die zu diesem Chaos führen mußte. Diese Politik scheiterte nicht etwa an den „der sozialistischen Planwirtschaft immanenten Fehlern“ wie der „Spiegel“ schrieb, was er dadurch widerrufen mußte, daß er die Fehler der Wirtschaftsführung Gomulkas nachweisen konnte.

Doch wie können diese Fehler behoben werden? Grundsätzlich kann sozialistische Demokratie nur dann funktionieren, wenn die wichtigen Entscheidungen vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet mit der betroffenen Bevölkerung diskutiert werden. Nur so können notwendige unpopuläre Maßnahmen, wie sie in einem Lande, das den Sprung von Agrar- zum Industrieland gerade macht, wie sie vorkommen können, der Bevölkerung klargemacht werden. Einen ersten Schritt in diese Richtung traf Edward Gierek, als er mit seinen ZK-Genossen die betroffenen Gebiete besuchte und mit den Arbeitern diskutierte.

Ein Kongreß mit 800 Wirtschaftlern beriet die Probleme der nächsten Zeit, etwas ähnliches ist mit

den Ingenieuren geplant. Als wirtschaftliche Sofortmaßnahmen ordnete man einen Preisstopp für zwei Jahre für Konsumgüter und eine Preissenkung für Industriegüter an. 7 Milliarden Zloty wurden kinderreichen Familien zur Bewältigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten zur Verfügung gestellt.

Eine vorübergehend eingeführte 7-Tage-Woche soll die Engpässe abbauen helfen. Will Polens Wirtschaft nicht vollkommen zurückbleiben, so muß ähnlich wie in der DDR ein neues ökonomisches Sy-



E. Gierek

stem eingeführt werden, das einmal die Bürokratie abbaut, indem die Eigenständigkeit der Betriebe vergrößert wird, ohne die Gesamtplanung zu vernachlässigen und zum anderen eine weitgehende Integration in den Comecon vorsieht.

Die zweite notwendige Maßnahme zur Begrädnung der Fehler Gomulkas ist die ideologische Schulung und Diskussion, deren Fehler die Machtstellung der Kirche so untermauert. Es ist bezeichnend, daß gerade der Chefideologe Gomulkas Kliszko und der Wirtschaftsführer Jaszczuk aus dem Politbüro entlassen wurden. R. B.

Kapazitätsermittlung und Universitätsreform

„Die bedrohliche Entwicklung von Engpässen in einer zunehmenden Zahl von Studienfächern . . . macht es erforderlich, der Kapazitätsermittlung und der Ausschöpfung der Möglichkeiten einer inneren Kapazitätserweiterung ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen.“ (Rektor Prof. Dr. Faillard in „Der Bericht“, Nr. 20 v. 16. 12. 1970, S. 6)

„Die Entwicklung besserer Herrschaftstechniken des bürgerlichen Klassenstaates kann nicht als Fortschritt der Produktivkräfte gewertet werden, es sei denn . . . auch die Guillotine gegenüber dem Hackbeil als schlichten Fortschritt zu werten.“ (Dieter Hilbrandt, Neues Rotes Forum Heidelberg 3/70 vom 16. 12. 1970, S. 38)

Vorbemerkung

Will man die Problematik der Kapazitätsermittlung verstehen, so darf man sie nicht als ein vorwiegend technisches, mathematisches Problem begreifen; vielmehr muß Kapazitätsermittlung im Zusammenhang mit den anstehenden „Reformversuchen“ einzelner Kapitalisten und Kapitalfraktionen und ihren Sachwaltern in der Wissenschafts- und Kultusverwaltung gesehen werden. Nur von daher werden die Vorhaben zur Kapazitätsermittlung an der RUB verständlich, und nur in diesem Gesamtkontext läßt sich die Arbeit des Kapazitätsermittlungsausschusses des UPs erklären.

I „Reformpolitik“ der Herrschenden

Es gibt in der offiziellen Reformpolitik grundsätzlich zwei Reformkonzeptionen für die Hochschule.

Quantitative Reform

Die CDU will vor allen Dingen eine quantitative Reform, durch Pression, das heißt: Input-Output-Management für die Hochschule, Verkürzung der Studiendauer durch Reglementierung der Studiengänge, Auslagerung der Ausbildung für „Spitzenkräfte“ — den „Mandarienen der Zukunft“ — langfristig völlige Auslagerung der Forschung in dem Maße, wie sie von Industrie-ordinarien nicht mehr individuell geleistet werden kann. Strategisch bedeutet dieses Konzept, daß die Industrieordinarien, als Hauptstütze der CDU in der Universität, ihre übrigen Professoren-Kollegen und einen Teil der Assistentenschaft um die CDU scharen. Sobald der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ sich von seinem offen konservativ-reaktionären Teil getrennt hat, was nicht unwahrscheinlich ist, wäre dieses die mögliche organisatorische Plattform eines solchen Bündnisses der Universität mit der CDU.

Dieses CDU-Konzept wird wahrscheinlich vor allem in Bayern und Rheinland-Pfalz durchgesetzt.

Es wäre falsch, es als „bloß reaktionär“ oder als „klerikal-reaktionäres Hinterwäldlertum“ abzutun, immerhin entwickelt sich gerade in Südbayern ein militärisch-industrieller Komplex, dessen Bedürfnis wohl das CDU-Konzept entspricht.

Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß das CDU-Konzept mit den Interessen des Einzelkapitals korrespondiert.

Strukturelle Reform

Die SPD hingegen will eine „strukturelle Reform“ der Universität, die ihren ideologischen Ausdruck im „Baukasten-Gesamthochschulplan“ von Weizsäcker findet. Hier stehen Begriffe wie intrinsische Motivation, selbstorganisiertes Studium, Neudefinition der Funktion von „Prüfungen“ an zentraler Stelle.

Strategisch soll dieses Konzept im Bündnis mit den „demokratischen“ Studenten, Assistenten und Professoren durchgesetzt werden.

Es ist im Gegensatz zum CDU-Konzept mehr auf die Bedürfnisse des Gesamtkapitals und der „fortgeschrittensten“ Monopolfaktion ausgerichtet. Staatssekretär Dr. h. c. E. W. Mommsen (Bundesverteidigungsministerium) „Wer die Einstellung der Öffentlichkeit zur Industrie . . . verfolgt hat, ist gespannt auf den Zeitpunkt, wann . . . der Protest nicht mehr nur von Studenten, sondern von breiten Schichten der Gesellschaft gegen Fehleinschätzungen des Zumutbaren artikuliert wird.“ Eine reformierte Universität soll also qualifizierte Innovationsspezialisten und integrative Systemtechniker hervorbringen.)

Hochschulrahmengesetz

Der Referentenentwurf für ein Hochschulrahmengesetz vom 2. November 1970 ist nun aber nicht Ausdruck der SPD-Konzeption, sondern stellt gegenüber dem ersten Referentenentwurf einen deutlichen Kompromiß zwischen diesen beiden oben beschriebenen Konzeptionen dar.¹⁰⁾

Dieser Entwurf verschleppt die Widersprüche zwischen SPD- und CDU-Konzept, (die Differenzen ändern natürlich nichts an dem Klassencharakter beider Konzeptionen) und er verschärft die Widersprüche zwischen den sozialistischen und demokratischen Studenten und Assistenten und der sozialdemokratischen Regierung.

II Kapazitätsermittlung und Curriculaforschung

Was hat das nun alles mit Kapazitätsermittlung im allgemeinen und an der RUB im besonderen zu tun? In NRW ist die „Universitätsreform“ hauptsächlich durch das SPD-Konzept geprägt. Beim Baukastenplan sind die Struktur-reformen die eine Seite der Medaille, die andere ist die „Reform der Bildungsinhalte und Lernprozesse-Curricula.“¹²⁾

„Als Curriculum wird heute in der pädagogischen Fachsprache das Gesamtsystem von Unterrichtsinhalten und -methoden sowie Unterrichtsmaterialien zu ihrer Aneignung und Einübung und Tests zu ihrer Kontrolle bezeichnet: Curricula unterscheiden sich von Lehr- und Bildungsplänen dadurch, daß sie von klar definierten und damit überprüfbaren Lernzielen ausgehen. Sie enthalten alles, was „dem Erreichen des Lernziels und seiner Kontrolle dient.“¹³⁾

Um nun aber Kapazitäten zu errechnen, braucht man Curricula für die einzelnen Studiengänge der Universität. Diese existieren aber für die Hochschule gar nicht oder kaum, folglich sind auch vorhandene Modelle zur Kapazitätsberechnung untauglich, dies hat auch die zu diesem Zweck eingesetzte Arbeitsgruppe für Kapazitätsermittlungen der Hochschul-Informationssystem-GmbH (HIS) festgestellt.¹⁴⁾ Zur gleichen Feststellung kommt auch der Rektor in seinem „Rechenschaftsbericht“.¹⁵⁾ Um aus diesem Dilemma herauszukommen — ein Gesamtsystem von Curricula für eine Universität braucht sicherlich 5 Jahre Erstellungszeit — muß man sich mit „Sofortprogrammen“ über Wasser halten.

Die Bundesregierung hat dem Deutschen Bundestag am 30. November 70 einen Bericht über Sofortmaßnahmen zum Abbau des numerus clausus zugeleitet.¹⁶⁾ Dieser Bericht sieht außer baulichen Maßnahmen die Intensivierung der Berufsberatung, Verfeinerung von Betriebssteuerungstechniken für die Universität, Aufbau eines Graduiertenstudiums, er antizipiert somit Teile des noch nicht bestehenden Hochschulrahmengesetzes.

Dadurch ist natürlich die Erforschung von Curricula und das Vorhaben, dann Kapazitätsermittlung zur Erweiterung der inneren Kapazität der Hochschulen anzustellen, nicht aufgegeben worden, sondern der Referentenentwurf für ein Hochschulrahmengesetz sieht dies vor:

Die inhaltliche Bestimmung der Studiengänge soll durch „Studienreformkommissionen“, die von den Ländern benannt werden, erfolgen. In ihnen sollen „Sachverständige“ aus Fachverbänden, Berufsorganisationen und Gewerkschaften „vertreten sein“, sowie „Vertreter zuständiger staatlicher Stellen.“ (Referentenentwurf — § 58,2)

Die Gewerkschaften sind hier als

Gehilfen der Unternehmerverbände direkt mit eingepplant. Weichen die lokalen Studien- und Prüfungsordnungen von den Empfehlungen dieser Kommissionen ab, so kann die Landesbehörde „die Änderung solcher Studien- und Prüfungsordnungen verlangen . . .“ (R § 58,3)

Studienziele, Studiengänge, Studienordnungen und Prüfungsordnungen sowie die Methodik und Organisation der Studiengänge können nur mit Hilfe der zuständigen staatlichen Stellen weiterentwickelt werden (R § 31). Bei Monopolisierung der Planungsinstrumente (HIS, Pädagogische Diagnostik, Curriculuminstitut usw.) bedeutet das die Ausschaltung der Hochschule und bei gegebenen Macht-konstellationen die völlige Funktionalisierung für die Verwertungsinteressen des Kapitals und seiner Agenten.¹⁷⁾

III Kapazitätsermittlung an der Ruhr-Universität

Eine analoge Entwicklung ist in Bochum auch absehbar. Der Versuch des „alten“ Kapazitätsermittlungsausschusses, in Zusammenarbeit mit

Fortsetzung Seite 6

Ihre Kommilitonen können es bestätigen . . .

Reparaturen an allen Autos

gut schnell preiswert



C. M. Schötteldreier
4630 BOCHUM
Herner Straße 107
Telefon 1 43 36

Service Verkauf Ersatzteillager

Wir reparieren — und tauschen nicht nur aus!

Überfälle auf Studenten in der Buscheystraße

Über der Gaststätte „Dicke Inge“ in der Buscheystraße 119 wurden vom Studentenwerk einige Zimmer an Studenten vermietet. In der Nacht vom 2. — 3. 1. 1971 wurde einer der Studenten in der Gaststätte von einigen Männern angepöbelt. Um einen Streit zu vermeiden, verließ dieser das Lokal, wurde aber von zwei Gästen verfolgt und festgehalten. Ein ihm zu Hilfe kommender Student, der den Streit schlichten wollte, wurde tätlich angegriffen. Der Gastwirt erschien, woraufhin sich die Beiden ins Lokal zurückzogen. Nach kurzer Zeit kamen sie auf Anraten des Wirtes in die aus wirtschaftlichen Gründen eingerichtete Gemeinschaftsküche, um sich zu entschuldigen. Die Entschuldigung wurde angenommen, man bewirtete die „Gäste“ und trennte sich in freundschaftlichem Einvernehmen. Bald darauf kamen die Beiden, durch drei weitere Herren verstärkt, wieder zurück in die Studentenwohnung. Sie führten ein freundschaftliches Gespräch, an dem sich ein im Hause wohnender Krankenpfleger beteiligte. Die „Gäste“ versuchten das Gespräch in politische Bahnen zu lenken, wobei sie sich ihrer SS- und Bundeswehrerfahrung rühmten. Daraufhin ver-

suchte der Krankenpfleger die Wohnung zu verlassen, woran ihn einer der „Gäste“ durch einen Schlag ins Gesicht hinderte. Einer der Studenten versuchte zu schlichten, wurde zu Boden geschlagen und ohne Bedenken zusammengetreten. Der kräftigste „Gast“ versperrte die Ausgangstür. Daraufhin griff man zu einem Küchenhocker und schlug weiterhin auf den Krankenpfleger ein. Nach dieser kurzen einseitigen Schlägerei versuchten sie einen verschlossenen Raum, in den sich einige Mädchen versteckt hatten, zu öffnen. Dieser Versuch wurde durch Ausrufe wie „Weiber antreten“ begleitet. Von diesem Vorhaben ließ man jedoch vorerst ab, und der herbeigerufene Gastwirt half mit für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Nach einer einwöchigen Pause erschienen die „Gäste“ wieder, wobei diesmal die verschlossene Tür herausgebrochen wurde. Die eilig herbeigerufene Polizei war nicht in der Lage, die Studenten zu schützen, die sich daraufhin gezwungen sahen, diese Wohnung aufzugeben und im Augenblick ohne feste Unterkunft sind.

Verantwortlich für den Inhalt: Jürgen Kroll (Gruppenvertreter)

DKP-Woche an der RUB

In der Zeit vom 18. bis zum 21. Januar veranstaltet die Hochschulgruppe der DKP an der RUB eine Informationswoche. Sie soll Gelegenheit bieten, die seit zwei Jahren wieder legal bestehende (wenn auch noch durch das KPD-Verbot bedroht) Kommunistische Partei kennenzulernen und zwar aus dem unmittelbaren Gespräch.

Zwar ist unter linken Studenten umstritten, welche nun von den vielen sich als „kommunistisch“ bezeichnenden Gruppen die „wahre“ sei, klar ist aber, daß die DKP seit ihrer Gründung zur stärksten politischen Kraft links von der SPD geworden ist. Mit ihren 30 000 Mitgliedern kann sich keine der kleinen Splitterparteien messen. Daß Mitgliederstärke aber nicht auf Kosten der Effektivität sich auswirkt, zeigten die Aktionen des letzten Jahres, mit denen die DKP in das politische Leben der BRD eingriff.

Auch in ihrer Mitgliederstruktur unterscheidet sich die DKP: während die verschiedenen MLs und AOs und PIs bisher weitgehend

ohne Arbeiter auskommen mußten, sind 80 Prozent der Mitglieder der DKP Arbeiter und Angestellte. Dementsprechend größer ist der Einfluß der überall als „orthodox“ oder aber „revisionistisch“ diffamierten Kommunisten unter den Lohnabhängigen.

Die Termine sind:
Dienstag, 19. 1., 14 Uhr, IB 03/100 Teach-in mit Kurt Bachmann (Vors. der DKP) und Betriebsarbeitern zum Thema: „Die DKP und der Kampf gegen Rechtskartell und für demokratischen Fortschritt.“
Dienstag abend, 20 Uhr, IA I

„Solange Leben in mir ist“ (DEFA-Film über Karl Liebknecht)
Donnerstag, 21. 1., 14 Uhr, IB 6/78 Teach-in mit Michael Maercks (Ref. f. Studententpolitik b. Parteivorstand d. DKP) u. D. Krüger (DKP und vds-Vorstand) zum Thema: „Hochschulpolitik der DKP“
Donnerstag abend, 20 Uhr, IA I:

„Tschapajew“ (russischer Revolutionsfilm)
Außerdem werden an verschiedenen Stellen des Uni-Campus Info-Stände organisiert.



BEI ALLER LIEBE ZUR HEUTIGEN ZEIT

VERTRAUEN NÜTZT — VERTRAUEN SCHÜTZT

Ob Sie op, Pop, Jugendstil oder eine andere Richtung mögen, ob Sie Beat oder Jazz lieben, — old timer oder Omas Nickelbrille — ganz gleich. Es gehört zur heutigen Zeit, zu jungen Menschen und modernem Leben.

Daneben gibt es aber auch noch andere Dinge, die zur heutigen Zeit gehören. Z. B. gesicherter Schutz im Krankheitsfall. — Sorgen Sie vor für den Fall, daß Sie mal in Sorgen kommen könnten.

Den Studenten, die die Beamtenlaufbahn einschlagen wollen, bieten wir für die Dauer ihres Studiums einen umfassenden Versicherungsschutz nach unseren Sondertarifen Ab zu einem für Sie tragbaren Beitrag.

Sprechen Sie doch mal mit uns — auch über eine Lebensversicherung. In beiden Sparten hat Ihnen die Debeka eine Menge zu bieten.



Debecker Krankenversicherungsverein a. G.
Lebensversicherungsverein a. G.
HAUPTVERWALTUNG · 54 KOBLENZ · SUDALLEE 15-19

